

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 9/2024



**Folgen von Zersetzung durch die Stasi  
für die psychische Gesundheit von Betroffenen**

**Ikea zahlt an den Härtefallfonds für frühere DDR-Zwangsarbeiter**

**Protestaktion der UOKG vor der ALDI-Zentrale in Essen**

**Bausoldat ist man lebenslänglich**

**Inhalt****Aktuell**

- 3 Hinter mir liegt die Ukraine, mein unterdrücktes Volk...  
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv –  
Außenstellen Dresden, Leipzig, Rostock
- 4 Wanderausstellungen  
Beratung für Opfer von SED-Unrecht durch den Beauftragten  
des Landes Sachsen und Sachsen-Anhalt  
Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
- 5 Er ist als Ausländer fluchtverdächtig...  
Fachgespräch Sexueller Kindesmissbrauch in der DDR –  
Menschen mit Behinderungen  
Taschenkalender „Erinnerung als Auftrag 2025“ erschienen
- 6 Ikea zahlt an den Härtefallfonds für frühere  
DDR-Zwangsarbeiter  
Symposium „Gefährlich gefährdet –  
Neuaneignung von Orten mit DDR-Geschichte“

**Aufarbeitung**

- 7 Wichtige Zeitzugenarbeit – bekennen, vergeben, versöhnen!  
54 Prozent der Deutschen betrachten den 09. November 1989  
als „glücklichsten Tag der deutschen Geschichte“
- 8 Urteil im Stasimord-Prozess  
Vom Repräsentationsbau der SED-Diktatur  
zur Robert-Havemann-Gedenkstätte
- 9 Bausoldat ist man lebenslanglich  
35 Jahre Mauerfall

**Berichte**

- 10 Folgen von Zersetzung durch die Stasi  
für die psychische Gesundheit von Betroffenen
- 11 20. Bützower Häftlingstreffen 07./08. 11. 2024
- 12 Verbändetreffen der UOKG e.V. 02./03. 11. 2024
- 13 Sie sind nicht vergessen...
- 14 Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten
- 15 Mit Flugblättern gegen die SED-Diktatur
- 16 „Fest der Freiheit“ in Prager Botschaft  
Vergessen ist Verrat
- 17 Protestaktion der UOKG vor der ALDI-Zentrale in Essen

**Verbände**

- 18 Nachruf auf Lothar König
- 19 Nachruf auf Thomas Ammer
- 20 Nachruf auf Reinhard Dobrinski
- 21 Nachruf auf Dr. Günter Kröber

**Service/Bücher**

- 21 Erste deutschlandweite Umfrage unter SED-Opfern
- 23 Die Unbeugsamen 2 – Guten Morgen, ihr Schönen!  
FROHE WEIHNACHTEN?

**Umschlagbild**

Protestaktion der UOKG vor der ALDI-Zentrale in Essen am 15. Oktober 2024. UOKG-Vorsitzender Dieter Dombrowski mit Handzetteln, die in den umliegenden ALDI-Filialen ausgelegt wurden, um die Kunden zu informieren. Foto: Lucas Hütter

**Editorial**

## 35 Jahre Friedliche Revolution

Ja, die Friedliche Revolution ist etwas worauf wir alle stolz sein können. Wir sind frei, aber noch ist nicht alles gut. Am Tage des Auseinanderbrechens der Bundesregierung waren Carla Ottmann (Stellvertretende Vorsitzende der UOKG und im Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ e.V. Potsdam) und ich zu einer Anhörung im Rechtsausschuss des Bundestages geladen, um zur Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze auszusagen. Neben uns waren weitere Experten aus Wissenschaft und Praxis geladen. Um es kurz zu machen, alle Experten haben begründet, warum der Regierungsentwurf so nicht bleiben kann wie er ist. Die Abgeordneten waren spürbar beeindruckt. Der Kulturausschuss hatte am gleichen Tag zu einem Fachgespräch geladen. Auch dort war zu merken, dass wir überzeugt haben.

Auch wenn wir noch nicht wissen, ob, wie und wann der Deutsche Bundestag über das Gesetz beschließen wird, so können wir zuversichtlich sein, dass es wesentliche Verbesserungen für die Opfer von SED und Kommunismus geben wird. Die Zusage von IKEA, 6 Millionen Euro in den Härtefallfond einzuzahlen, hat uns dabei sehr geholfen, die Aufmerksamkeit auf unsere berechtigten Forderungen zu lenken. Es ist auch gut, zeigen zu können,

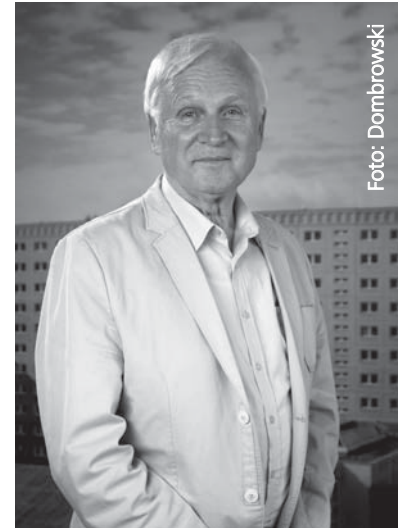


Foto: Dombrowski

dass wir nicht nur Ansprüche an den Staat stellen, sondern dass wir uns auch mit jenen auseinandersetzen, die am Leid Unschuldiger verdient haben. IKEA hat sich dabei vorbildlich verhalten. Mit den ALDI's und OTTO's steigen wir in den Ring.

Danke für Ihre Unterstützung und bleiben Sie gesund und aufrecht!

Gesegnete Weihnacht und kommen sie gut ins neue Jahr.

Ihr Dieter Dombrowski

## Hinter mir liegt die Ukraine, mein unterdrücktes Volk...

Erste internationale Ausstellung über den ukrainischen Dichter und Freiheitskämpfer Vasyl Stus.  
17.10.–31.05.2025 (montags geschlossen) Pilecki Institut Berlin, Pariser Platz 4a, 10117 Berlin.

„Hinter mir liegt die Ukraine, mein unterdrücktes Volk, dessen Ehre ich verteidige oder untergehe“. Das schreibt der ukrainische Dichter und Freiheitskämpfer Vasyl Stus in seinen Notizen aus einem sowjetischen Straflager. Sein Einsatz gegen die Russifizierungspolitik, seine Lehre der ukrainischen Sprache und Literatur, seine ukrainischen Übersetzungen deutscher und polnischer Lyrik und sein Kampf für Freiheit brachten Stus mehrfach ins Gulag. 1985 verstarb er im Straflager in Perm.

Stus' künstlerische Entwicklung und sein dichterisches Schaffen sind genauso Thema der Ausstellung wie seine souveräne

Haltung gegenüber dem sowjetischen Regime und sein mutiger und unermüdlicher Kampf für Menschenrechte. Mit seinem Lebenswerk ist Stus heute auch eine Identifikationsfigur für den Widerstand gegen die imperiale russische Aggression. In seiner Faszination für ukrainische, polnische und deutsche Literatur hat Stus' Werk diese Ausstellung inspiriert, die in der trilateralen Zusammenarbeit zwischen dem Pilecki-Institut, dem Stus-Zentrum und der Heinrich-Böll-Stiftung konzipiert wurde.

### Weitere Informationen im Web:

<https://calendar.boell.de/de/event/stus> 



Vasyl Stus (1938–1985) Ukr. **Василь Семёнович Стус** Ukrainischer Dichter und Publizist, einer der aktivsten Mitglieder der ukrainischen Dissidentenbewegung. Aufgrund seiner politischen Überzeugung wurden seine Werke vom Sowjetregime verboten und er verbrachte 23 Jahre (etwa die Hälfte seines Lebens) in Haft. Quelle Nationalarchiv der Ukraine. Offizielles KGB-Foto des Autors aus der Stus-Akte nach der Verhaftung 1972. Official KGB photo from Stus file after arrest 1972, Public domain, via Wikimedia Commons – Stus\_KGB\_photo\_1980.

## Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv

### Außenstelle Dresden

#### Besuchertag

Termin: 12. Dezember 2024, 09.00–18 Uhr

Bürgerberatung/Informationsangebote

Programm: 16.30 Uhr Archivführung  
(Um Anmeldung wird gebeten.)

Ort: Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv Dresden,  
Riesaer Str. 7 D, 01129 Dresden

Anmeldung unter: 030 18665-3411 oder  
[dresden.anmeldungen@bundesarchiv.de](mailto:dresden.anmeldungen@bundesarchiv.de)

Einmal im Monat öffnet das Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden für Sie seine Türen und lädt zu einem Besuchertag ein. Sie können in Beispielakten stöbern, erhalten Informationen rund um die Einsicht in die Stasi-Akten und lernen die Arbeit des Archivs kennen. Die Führung ist auf 15 Personen begrenzt. und kostenfrei.

### Außenstelle Leipzig

Mittwoch, 11. Dezember 2024, 11.00 Uhr

Öffentliche Führung: Titel: Archivführung „Einer Diktatur auf der Spur“. Eine Anmeldung per Telefon unter 030 18 665-3211 oder per E-Mail an [leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de](mailto:leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de) wird empfohlen.

#### Wechsausstellungen

01. Oktober bis 31. Dezember 2024

Titel: Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit. Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer.

05. Januar bis 31. Dezember 2024

Titel: Aufarbeitung. Die DDR in der Erinnerungskultur. Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von Dr. Ulrich Mählert und Dr. Stefan Wolle.

#### Dauerausstellung

Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. – Stasi. Die Geheimpolizei der DDR. Die Ausstellung des Stasi-Unterlagen-Archiv vermittelt wichtige Grundkenntnisse über die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit.

Öffnungszeiten der Ausstellungen: Montag–Freitag 08.00–18.00 Uhr; Samstag/Sonntag und feiertags 10.00–18.00 Uhr. Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei. Der Eintritt ist immer frei.

Ort: Alle Veranstaltungen

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig

Dittrichring 24

04109 Leipzig

Telefon: 0341 - 2247-3211

Internet: [www.bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de)

[www.stasi-unterlagen-archiv.de](http://www.stasi-unterlagen-archiv.de)

### Außenstelle Rostock

Dienstag, 03. Dezember 2024, 13.00–17.00 Uhr

Dienstag, 14. Januar 2025, 13.00–17.00 Uhr

**Bürgerberatung:** Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen? Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG).

Ort: Grüner Weg 5, 18055 Rostock

Änderungen vorbehalten!

Mittwoch, 15. Januar 2025, 15.00 Uhr

**Öffentliche Führung:** Einer Diktatur auf der Spur.

Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock

Ort: Straße der Demokratie 2

18196 Waldeck/Dummerstorf

Tel.: 038208 826 1323

E-Mail: [Beate.Karow@bundesarchiv.de](mailto:Beate.Karow@bundesarchiv.de)

Internet: [www.stasi-unterlagen-archiv.de/rostock](http://www.stasi-unterlagen-archiv.de/rostock) 

## Wanderausstellungen

### Disziplinierung in Venerologischen Stationen und Spezialheimen der DDR – „Einweisungsgrund: Herumtreiberei“

**Wann:** 01.12.–20.12.2024, Montag bis Freitag 10.00–16.00 Uhr

**Wo:** Riebeckstraße 63, Haus 1/1. Etage, 04317 Leipzig

Die Wanderausstellung „Einweisungsgrund: Herumtreiberei“ dokumentiert staatliche Repression gegen Mädchen und Frauen in der DDR. Im Fokus steht die Umerziehung in den Geschlossenen Venerologischen Stationen, in denen systematisch sexualisierte Gewalt ausgeübt wurde. Betroffen waren vor allem Mädchen und Frauen, deren Verhalten von den sozialistischen Idealen der Arbeitsdisziplin, des partnerschaftlichen Zusammenlebens oder der Staatstreue abwich. Die Ausstellung will den Erfahrungen der betroffenen Frauen zu mehr Aufmerksamkeit und Anerkennung verhelfen.

Die Ausstellung wird am Sonntag, den 01.12.2024 um 14.00 Uhr am historischen Ort der ehemaligen Geschlossenen Venerologischen Station Leipzig-Thonberg eröffnet. Neben einer Führung durch die Ausstellung unter Anwesenheit einiger Betroffener wird die Plastik „VER-

DECKT“ der Künstlerin Liane Pförtner präsentiert. Sie nimmt Bezug auf die Geschlossene Venerologische Station in der ehemaligen Poliklinik Mitte in Halle.

### Begleitprogramm zur Ausstellung

Freitag, 06.12.2024, 11.00–14.00 Uhr:

Workshop „Sexualisierte Gewalt in DDR-Umerziehungseinrichtungen“

Wir bitten um Anmeldung unter: [info@einweisungsgrund-herumtreiberei.de](mailto:info@einweisungsgrund-herumtreiberei.de)

Freitag, 06.12.2024, 16.00–18.00 Uhr:

Erzählcafé zu den Geschlossenen Venerologischen Stationen in der DDR. Geöffnet für Betroffene und Interessierte.

**Abweichender Ort:** Dauthestraße 1A, 04317 Leipzig Mittwoch, 18.12.2024 16.00–18.00 Uhr.

### UOKG-Wanderausstellung „Mauern Gitter Stacheldraht“

Politische Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik: Momentan ist die Bannerausstellung (es gibt auch eine Plakatausstellung) „Mauern-Gitter-Stacheldraht“ noch **bis 30.01.2025 im Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv in Erfurt** kostenfrei für Besucher (INNEN und AUSSEN) zu besichtigen. Adresse: Petersberg Haus 19, 99084 Erfurt.

**Erwerb bzw. Verleih der Wanderausstellung:** Die Ausstellung existiert in zwei Varianten.

1. Als 17-teilige Bannerausstellung mit den Maßen 1 m × 2 m (B × H), die als Wanderausstellung angemietet werden kann. Die Ausstellung wird auf Wunsch von einem Zeitzeugen eröffnet. Für Auf- und Abbau sowie Präsentation der Ausstellung entstehen Kosten in Höhe von 750 Euro.

2. Als Plakatsatz, der von interessierten Einrichtungen käuflich erworben werden kann. Die Kosten hierfür betragen 150 Euro zzgl. Reisekosten für den Zeitzeugen.

Wenn Sie Interesse daran haben, die Wanderausstellung zu zeigen, wenden Sie sich bitte an folgende Adresse:

UOKG Bundesgeschäftsstelle  
zu Hd. Frau Dombrowski  
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
030 55 77 92 32  
[p.dombrowski@uokg.de](mailto:p.dombrowski@uokg.de)

Transportvolumen der 17-teiligen Bannerausstellung: 120 × 80 × 80 cm, Maße der Bannerausstellung: 16 × 100 cm × 200 cm (Anzahl/Breite/Höhe).

Kurator der Ausstellung:  
Alexander W.-Bauersfeld, Hannover  
<https://www.uokg.de/wanderausstellung/>



## Beratung für Opfer von SED-Unrecht durch den Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt

Die Beratungstermine in der Landeshauptstadt **Magdeburg** im Oktober und November 2024 finden am Schleinufer 12, 39104 Magdeburg dienstags von 14.00 bis 17.00 Uhr statt.

**Weitere Termine an verschiedenen Orten in Sachsen-Anhalt** für den November und Dezember sind unter Telefon

0391/5 60-15 05 oder E-Mail ([info@lza.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:info@lza.lt.sachsen-anhalt.de)) zu erfragen. Anmeldung jeweils erforderlich. Weitere Informationen unter: <https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de>.

**Sächsische Landesbeauftragte bietet Telefonsprechtag für ehemalige Heimkinder der DDR** an am 03. Dezember

2024 können sich Betroffene, die als Kinder und Jugendliche in Spezialkinderheimen und Jugendwerkhöfen der DDR untergebracht waren, telefonisch an die Sächsische Landesbeauftragte wenden. Zwischen 08.00 und 16.00 Uhr berät Maximilian Heidrich unter der Telefonnummer 0351 493 3700 zu Fragen der strafrechtlichen Aufarbeitung. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

## Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

**Dienstag, 17. Dezember 2024, 18.00 Uhr**

Ursula Popiolek, die Vorstandsvorsitzende des Fördervereins Gedenkbibliothek bringt als szenische Lesung das dekonstruierte Werk von Alja Rachmanowa zu Gehör: DIE FABRIK DES NEUEN MENSCHEN – „Das Wahre suchen, das Schöne lieben,

das Gute üben“. Diese Trias und deren Dekonstruktion, gegenübergestellt von Alja Rachmanowa in ihrem Roman aus der Bürgerkriegszeit in Form einer Szenischen Lesung mit 10 Darstellern, darunter einem Profischauspieler, wird Sie dabei erwarten. Neben russischem Tee und Piroggen gibt es danach auch Punsch und unseren traditionellen Stollen.

**Öffnungszeiten:** Montag–Donnerstag, 10.00 – 18.00 Uhr sowie nach Vereinbarung.

Spendenkonto des gemeinnützigen Fördervereins Gedenkbibliothek bei:

Deutsche Bank  
DE38 1007 0848 0624 1822 00  
BIC: DEUTDEB110

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus  
Nikolaikirchplatz 5–7  
10178 Berlin-Mitte (Nikolaiviertel)  
Tel.: 030 – 283 43 27  
[www.Gedenkbibliothek.de](http://www.Gedenkbibliothek.de)



## Er ist als Ausländer fluchtverdächtig...

Die neue Sonderausstellung über Zwangsarbeit und NS-Justiz in Potsdam (1940–1945) thematisiert vom 22. November 2024 bis 15. Juni 2025 das von Deutschen in Brandenburg und europaweit begangene Verbrechen der Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Sie führt vor allem anhand der Lebensgeschichten von in der Lindenstraße inhaftierten Zwangsarbeiter die verheerenden Folgen rassistischer Ideologie und Politik vor Augen und leistet damit einen Beitrag, die Betroffenen von NS-Zwangsarbeit ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Im Zentrum der Ausstellung stehen 18 repräsentative Biografien von Inhaftierten, welche die Verfolgungs- und Urteilspraxis von Polizei, Gestapo, Staatsanwaltschaften und Gerichten für das Gebiet des heutigen Bundeslandes Brandenburg näher betrachten. An ihren Lebenswegen werden zugleich Rekrutierungsformen sowie Arbeits- und Lebensbedingungen in Potsdam und weiteren ausgewählten Orten im Land Brandenburg sichtbar. Reflektiert werden in Kontextmodulen auch

die gesellschaftlichen und politischen Hintergründe der NS-Zwangsarbeit.

Die Ausstellung wird durch ein Begleitprogramm u.a. mit Kuratoren-Führungen, thematischen Stadtrundgängen, einer Stadtrundfahrt mit der historischen Straßenbahn, einem Arado-Rundgang und einer Filmveranstaltung ergänzt. Für Jugendliche gibt es ein besonderes Angebot, eine digitale Spurensuche durch die Sonderausstellung mit der App Actionbound.

**22. November 2024 bis 15. Juni 2025, Gedenkstätte Lindenstraße, Es erscheint ein Katalogband.**

### Veranstaltungsprogramm

<https://www.gedenkstaette-lindenstrasse.de/presse/pressebilder/>  
[https://www.gedenkstaette-lindenstrasse.de/wp-content/uploads/2024/10/Pressemitteilung\\_Sonderausstellung\\_Zwangsarbeit-und-NS-Justiz-in-Potsdam\\_Stiftung-Gedenkstaette-Lindenstrasse-ab-22.-November-2024.pdf](https://www.gedenkstaette-lindenstrasse.de/wp-content/uploads/2024/10/Pressemitteilung_Sonderausstellung_Zwangsarbeit-und-NS-Justiz-in-Potsdam_Stiftung-Gedenkstaette-Lindenstrasse-ab-22.-November-2024.pdf)



NS-Propaganda-Broschüre zur Anwerbung von zivilen Zwangsarbeiter in Frankreich, 1943. © Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße. Die Propagandabroschüre „Europa arbeitet in Deutschland. Sauckel mobilisiert die Leistungsreserven“ erschien 1943 in mehreren Sprachen. Die von Fritz Sauckel geleitete Behörde des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (GBA) organisierte von März 1942 bis Kriegsende 1945 das System der NS-Zwangsarbeit. Diese Broschüre vermittelt mit über 150 Abbildungen den ausländischen Lesern ein beschönigendes Bild der Arbeits- und Lebensbedingungen im Deutschen Reich. Mit solchen Inszenierungen versuchten die NS-Behörden in allen besetzten Ländern Europas Arbeitskräfte zu gewinnen.

## Fachgespräch Sexueller Kindesmissbrauch in der DDR – Menschen mit Behinderungen

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und ehemalige Trägerin der Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe für das Land Brandenburg, Dr. Maria Nooke, veranstaltet am 18. Februar 2025 von 13.00 bis 19.00 Uhr in Kooperation mit der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs in Potsdam ein Fachgespräch zum Thema „Sexueller Kindesmissbrauch in der DDR – Menschen

mit Behinderungen“. Im Fachgespräch wollen wir uns mit Betroffenen von sexueller Gewalt sowie weiteren Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis über die Erfahrungen mit der Aufarbeitung von Kindesmissbrauch in der DDR-Behindertenhilfe austauschen.

Die Veranstaltung wird in Leichte Sprache und Gebärdensprache übersetzt. Informationen zum Programm und wie Sie sich zu dem Fach-Gespräch anmelden können

werden noch veröffentlicht. **Wann:** 18. Februar 2025 in Potsdam.

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur  
 Hegelallee 3, 14467 Potsdam  
 Telefon: 0331 / 23 72 92 – 22  
 Telefax: 0331 / 23 72 92 – 29  
 E-Mail: [silvana.hilliger@lakd.brandenburg.de](mailto:silvana.hilliger@lakd.brandenburg.de)  
[www.aufarbeitung.brandenburg.de](http://www.aufarbeitung.brandenburg.de)

## Taschenkalender „Erinnerung als Auftrag 2025“ erschienen

Der neue Taschenkalender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für das Jahr 2025 ist erschienen. Der Kalender möchte seine Leserinnen und Leser durch das kommende Jahr begleiten und dabei nicht nur an ihre Termine in der Gegenwart erinnern. Anlässlich des 35. Jubiläums der deutschen Einheit wird er ein spannendes Panorama des Jahres 1990 bieten und dabei erstmalig den vielgestaltigen Umbruch in Europa in den Mittelpunkt stellen.

Die im Kalender dokumentierte Chronik 1990 wirft Tag für Tag Schlaglichter auf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa und beleuchtet die zum Teil sehr unterschiedlichen Bedingungen, die unmittelbar nach den demokratischen Revolutionen herrschten. Dem Kalendarium ist zudem eine Übersicht über eine Vielzahl weiterer Ereignisse der deutschen und europäischen Geschichte ab dem Beginn

des 20. Jahrhunderts vorangestellt, die sich 2025 jähren.

Die ersten 50 Leserinnen und Leser des „Stacheldrahts“, die sich mit Nennung des Stichwortes „Stacheldraht“ unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 bei der Bundesstiftung Aufarbeitung melden, bekommen den Taschenkalender kostenlos zugeschickt.

Weitere Exemplare des Taschenkalenders können für 5 Euro bei der Bundesstiftung Aufarbeitung unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 oder per E-Mail an [buer@bundesstiftung-aufarbeitung.de](mailto:buer@bundesstiftung-aufarbeitung.de) bestellt werden.

## Ikea zahlt an den Härtefallfonds für frühere DDR-Zwangsarbeiter

IKEA Deutschland, UOKG und die SED-Opferbeauftragte vereinbaren Unterstützung für den bundesweiten Härtefallfonds für SED-Opfer. **Am 29.10.2024 hat IKEA Deutschland der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag eine Absichtserklärung übergeben, den geplanten bundesweiten Härtefallfonds für die Opfer der SED-Diktatur mit einem Betrag von 6 Mio.€ zu unterstützen.** Der bundesweite Härtefallfonds, über dessen Einrichtung der Deutsche Bundestag auf Grundlage eines Gesetzentwurfs der Bundesregierung in den nächsten Wochen entscheiden wird, hat die Aufgabe, Opfer der SED-Diktatur bei wirtschaftlichen Notlagen unbürokratisch zu unterstützen. Zu den Opfern der SED-Diktatur gehören insbesondere politische Häftlinge, die in den DDR-Gefängnissen Zwangsarbeit leisten mussten.

Vorausgegangen war ein enger, mehrjähriger Austausch zwischen IKEA Deutschland und der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und seit Einrichtung des Amtes im Jahr 2021 der SED-Opferbeauftragten. Nach dem Bekanntwerden des Verkaufs von Artikeln, an deren Produktion politische Häftlinge in der DDR beteiligt waren, hatte IKEA 2012 eine unabhängige Untersuchung eingeleitet und in einem zweiten Schritt die Erstellung und Veröffentlichung einer umfassenden wissenschaft-

lichen Studie zum Thema Zwangsarbeit von Dr. Christian Sachse (wissenschaftlicher Berater der UOKG) finanziert. Mit der Vereinbarung der konkreten finanziellen Unterstützung des Härtefallfonds kommt für IKEA, die UOKG und die SED-Opferbeauftragte ein gemeinsamer Weg zum Abschluss.

**Dieter Dombrowski** (Bundesvorsitzender UOKG): „IKEA hat nach dem Bekanntwerden der Beteiligung des Unternehmens an Haftzwangsarbeit unsere Einladung ins Gespräch zu kommen angenommen. Gemeinsam sind wir den Weg der Aufklärung gegangen und IKEA ist den Betroffenen auf Augenhöhe begegnet. **Die heutige Entscheidung ist wegweisend.** Wir wünschen uns, dass weitere Firmen dem Vorbild IKEAs folgen.“

**Evelyn Zupke** (SED-Opferbeauftragte): „Für mich ist die Zusage von IKEA den Härtefallfonds zu unterstützen, Ausdruck eines verantwortungsbewussten Umgangs auch mit dunklen Kapiteln der eigenen Firmengeschichte. **Das, was die Opfer in den DDR-Gefängnissen erleben mussten, können wir nicht ungeschehen machen. Wir können ihnen aber heute mit Respekt begegnen und sie insbesondere in Notlagen unterstützen.** Genau für diesen Weg hat IKEA sich entschieden und dafür bin ich ausgesprochen dankbar.“

**Walter Kadnar** (CEO & CSO IKEA Deutschland): „**Wir bedauern zutiefst, dass auch Produkte für IKEA von politischen Häftlingen in der DDR produziert wurden.** Seit dem Bekanntwerden hat sich IKEA konsequent für die Aufklärung eingesetzt. Wir haben den Betroffenen unser Wort gegeben, uns an einer Unterstützung zu beteiligen. Daher begrüßen wir die Umsetzung des Härtefallfonds und freuen uns, unsere Zusage einlösen zu können. Seit 2000 verfügen wir als IKEA über einen der fortschrittlichsten und anerkanntesten Lieferantenverhaltenskodizes der Welt (IWAY). Als wertorientiertes Unternehmen ist es für uns selbstverständlich, sollte es zu Verstößen gegen menschenrechts- oder umweltbezogene Verpflichtungen kommen, angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um die Folgen zu minimieren.“

**Sven-Felix Kellerhoff** (29.10.2024 auf Welt-Online): „Spätestens seit 1981 wusste der Möbelkonzern von Gerüchten, dass in der SED-Diktatur politische Gefangene für Produktionsaufträge tätig waren. Jetzt zahlt Ikea als erstes Unternehmen in die kommende Unterstützungskasse ein. **Firmen wie Aldi könnten sich daran ein Beispiel nehmen.**“

[https://www.welt.de/geschichte/article254239122/Fruhere-DDR-Zwangsarbeiter-Ikea-zahlt-an-den-Haertefallfonds.html?source=puerto-reco-2\\_ABC-V42.0.B\\_FCM\\_p35\\_extra\\_row](https://www.welt.de/geschichte/article254239122/Fruhere-DDR-Zwangsarbeiter-Ikea-zahlt-an-den-Haertefallfonds.html?source=puerto-reco-2_ABC-V42.0.B_FCM_p35_extra_row)



## Symposium „GEFÄHRLICH GEFÄHRDET – Neuaneignung von Orten mit DDR-Geschichte“

Vom 13. bis 15. Februar 2025 veranstalten die Stiftung Humboldt Forum und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ein gemeinsames Symposium, das die Ausstellung „Hin und weg. Der Palast der Republik ist Gegenwart“ und das dazugehörige Programm abschließen wird. Dazu fragen wir Sie und Ihre Netzwerke und Kontakte: Wie können wir belastete DDR-Orte neu gestalten und umdeuten, um ihren gesellschaftlichen Wert zukunftsfähig zu machen?

Haben Sie Ideen, Erfahrungen oder gar ein Projekt dazu? Wir laden Forscherinnen und Forscher, Initiativen und Institu-

tionen, Nachdenkliche und Kreative dazu ein, uns ihre Erfahrungen, Erkenntnisse, Visionen und Ideen zu einem (staats-)politisch aufgeladenen Ort in den ostdeutschen Bundesländern mitzuteilen. Insbesondere interessieren wir uns für Orte, deren Denkmalwert ungenügend erscheint, die durch ihre Identifikation mit der DDR belastet wirken oder aus anderen Gründen prekär geworden sind und denen eine neue Bedeutung zugeschrieben wurde oder wird.

**Die ausgewählten Vorschläge werden im Rahmen unseres Symposiums am 13.–15. Februar 2025 im**

**Humboldt Forum vorgestellt und diskutiert.**

Den ausführlichen Call for Papers und weitere Informationen finden Sie hier: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/symposium-gefaehrlich-gefaehrdet>. Sie finden das Konzept ebenfalls auf H-Soz-Kult: <https://www.hsozkult.de/event/id/event-145719>

Bei Fragen können Sie sich gerne an Dr. Judith Prokasky vom Programmteam „Der Palast der Republik ist Gegenwart“ wenden: [palastderrepublik@humboldtforum.org](mailto:palastderrepublik@humboldtforum.org).



## Wichtige Zeitzeugenarbeit – bekennen, vergeben, versöhnen!

Wolfgang Lehmann, inzwischen 90 Jahre alt, leistet unermüdlich Zeitzeugenarbeit und schont sich dabei nicht. Er organisiert, reist und hält immer noch Vorträge, um aus „erster Hand“ über Jahre zu berichten, die ihn als jungen Menschen im Erleben von Krieg, Zerstörung und Nachkriegszeit prägten. Vor allem vielen jungen Menschen sind heute die Ereignisse und Probleme der Nachkriegsjahre unbekannt. Selten nur noch wird über die Erfahrungen dieser Nachkriegsgeneration gesprochen, ihre schwierige Zeit im Kampf ums Überleben, oft eben auch verbunden mit politischer Verfolgung durch Siegermächte, und insbesondere die der stalinistischen Sowjetunion. Die UOKG und der Stacheldraht danken Wolfgang Lehmann für sein Engagement und dass er den Mut und die Kraft hat, sich seiner schlimmsten Erinnerungen in der Öffentlichkeit zu stellen, bereitwillig Auskunft gibt, der jungen Generation Einblick in ein Leben gibt, welches heute kaum vorstellbar ist, und, dennoch immer wieder erzählt werden muss um zu verstehen, was uns auch in Gegenwart und naher Zukunft erneut drohen und passieren kann, wenden wir den Blick von der aktuell

gefährlichen politischen geostrategischen Lage ab, von den Kriegen, die inzwischen „vor unserer Haustür“ toben. Zitat, Herr Lehmann: „Infolge des örtlichen Zeitungsberichtes über meinen Geburtstag im März regte ein im Kulturbereich tätiger Bekannter aus unserem Nachbarort Fürth an, dort einen Vortrag zu halten. Das zog sich allerdings bis zum 14.09. hin. [...] Es haben auch mehrere Tages-

zeitungen berichtet. In Folge vereinbarte die dortige Schule fünf weitere Vorträge, worüber ich gesondert berichten werde.“ So sprach er öffentlich am 14. September in der TV-Halle Fürth, und anschließend hielt er zwischen 27. September bis 10. Oktober 2024 an fünf Tagen nacheinander fünf Vorträge in einer Jahrgangsstufe an der Heinrich-Böll-Schule Fürth, Integrierte Gesamtschule des Kreises Bergstraße, in den Klasse 10/1 bis 10/5. Eine enorme Leistung. Als Zeitzeuge sprach er über seine Gefangenschaft in einem sowjetischen Gulag: „Bekennen, vergeben, versöhnen“.



Zeitzeuge Wolfgang Lehmann spricht über seine Gefangenschaft in einem sowjetischen Gulag: „Bekennen, vergeben, versöhnen“ in den Klassen 10/1 bis 10/5, die durch die jeweiligen Fachlehrer Agnieszka Pietrzak bzw. Eike Brunnengräber, Alexandra Birkle, Claudia Böhm, Christina Walder und Julia Kemle begleitet wurden.

## 54 Prozent der Deutschen betrachten den 09. November 1989 als „glücklichsten Tag der deutschen Geschichte“

Deutsche sehen den Mauerfall vor 35 Jahren als historischen Meilenstein – und fordern mehr Anerkennung für Ostdeutsche. Ergebnisse einer Umfrage der Bundesstiftung Aufarbeitung

Berlin, 31. Oktober 2024. Jeder Zweite bezeichnet den 09. November 1989 als den „glücklichsten Tag der deutschen Geschichte“. Gleichzeitig empfinden nur 31 Prozent, dass die Leistungen und Erfahrungen ehemaliger DDR-Bürger heute ausreichend gewürdigt werden. Die Mehrheit der Deutschen betrachtet eine Vielzahl von Ursachen als ausschlaggebend für den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 und die Überwindung der kommunistischen Diktatur in der DDR. Das sind Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des Umfrageinstituts Forsa, das im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur 1.000 Bundesbürger zur Wahrnehmung dieses historischen Ereignisses und dessen Stellenwert im kollektiven Gedächtnis befragte.

Ein bemerkenswerter Teil der Befragten – insgesamt 54 Prozent – betrachtet den 09. November 1989 als „glücklichsten Tag der deutschen Geschichte“; wobei Ostdeutsche dies mit 50 Prozent etwas weniger als Westdeutsche mit 54 Prozent so sehen. Bei den Jüngeren unter 30 Jahren sind es sogar 64 Prozent. Gleichzeitig wird die Anerkennung der Leistungen und Erfahrungen ehemaliger DDR-Bürger heute kritisch bewertet: Nur 31 Prozent der Befragten empfinden diese als ausreichend gewürdigt, während 60 Prozent dies verneinen. Besonders stark ist dieses Gefühl im Osten Deutschlands ausgeprägt, wo drei Viertel der Befragten die Anerkennung als unzureichend empfinden. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der

SED-Diktatur, sieht hierin einen wichtigen Anlass zum Handeln: „Der 35. Jahrestag des Mauerfalls sollte ein Anstoß sein, um den Mut der Ostdeutschen zu würdigen, die zum Sturz der Diktatur beigetragen haben. Zugleich müssen die Anstrengungen und Leistungen nach 1990 gewürdigt werden; einer Zeit, die viele Jahre von sozialer Unsicherheit geprägt waren.“

Gefragt nach den Ursachen der Friedlichen Revolution vor 35 Jahren, nennen 66 Prozent die Reformen Michail Gorbatschows, 59 Prozent die friedlichen Demonstrationen in der DDR, 57 Prozent die wirtschaftliche Krise des SED-Regimes und 53 Prozent die Massenflucht. Kaminsky kommentiert: „Die differenzierten Antworten spiegeln ein erfreuliches



Verständnis der damaligen Zeitläufe wider. Es ist bemerkenswert, wie deutlich die Befragten wahrnehmen, dass verschiedene Entwicklungen damals zum Ende der Diktatur führten.“

Die Umfrageergebnisse veranschauli-

chen deutliche Unterschiede je nach Altersgruppe und Herkunft: Ostdeutsche betonen insbesondere die Proteste und die Massenflucht von DDR-Bürgern. Jüngere Befragte unter 30 Jahren sehen die Wirtschaftskrise und die Massenflucht als entscheidende Faktoren, während ältere

Generationen vor allem die sowjetischen Reformen und die Demonstrationen als zentral erachten.

Die vollständige Umfrage finden Sie hier: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/umfrage2024>



## Urteil im Stasimord-Prozess

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Dr. Maria Nooke, erklärt: „Das heutige Urteil im Strafprozess gegen den ehemaligen Stasimitarbeiter Manfred N. entspricht der historischen Bewertung des Vorgangs. Ihr lagen drei zentrale Erkenntnisse zugrunde: Der entscheidende Nachweis, dass der damalige Oberleutnant der Staatssicherheit Manfred N. den tödlichen Schuss auf den polnischen Bürger Czesław Jan Kukuczka abgegeben hat, wurde 2016 aus vorverurteilten Akten des MfS rekonstruiert. Dieser Befehl zur Ordensverleihung an zwölf in das Geschehen involvierte Mitarbeiter des MfS weist glaubwürdig aus, dass der tödliche Schuss von Manfred N. abgegeben wurde. Mein Dank gilt der polnischen Staatsanwaltschaft, die durch ihre Ermittlungen und das Auslieferungsersuchen diesen für die Angehörigen des Opfers wichtigen Strafprozess vor einem deutschen Gericht möglich gemacht hat. Der Prozess belegt die Bedeutung der juristischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung von DDR-Unrecht bis in die Gegenwart.“ Dr. Maria Nooke, Aufarbeitungsbeauftragte des Landes Brandenburg

### 10 Jahre Haft für Stasi-Mord von 1974

Die Opferverbände der SBZ/SED-Diktatur begrüßen das Urteil gegen einen ehemaligen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), der 1974 einen polnischen Staatsbürger getötet hat. Empörend ist, dass die Staatsanwaltschaft erst auf Drängen polnischer Behörden tätig geworden ist und schlampig ermittelt hatte. Denn erst durch eigene Ermittlungen des Berliner Landgerichts wurden die Ermittler in den Stasiunterlagen des Bundesarchivs fündig. Die Vizepräsidentin des Bundesarchivs berichtete im Kulturausschuss des Bundestages, dass sich das Landgericht schriftlich „für die Hilfe bedankt hat“. Eigentlich wäre das die Aufgabe der Staatsanwaltschaft gewesen.

### Das Fazit des Bundesvorsitzenden der UOKG e.V., Dieter Dombrowski:

„Ehemalige Stasimitarbeiter können weiter ihre 520 Millionen Euro Sonderrenten genießen und ruhig schlafen. Die Staatsanwaltschaften interessieren sich nicht für schwerste Verbrechen des MfS. Mit Klimaklebern und Imbissbesitzern die drei Tassen Kaffee nicht einbuchen, ist man dort offensichtlich schon überlastet“.



Czesław Jan Kukuczka, photo from before 1955 (Photo: Archiwum Komendy Miejskiej Państwowej Straży Pożarnej w Bielsku- Białej, AIPN, Kr 010/1975)

### Späte Sühne für einen Stasi-Mord

Zum ersten Mal wurde in Deutschland ein ehemaliger hauptamtlicher Stasi-Mitarbeiter wegen eines Auftragsmordes zu einer Haftstrafe verurteilt. Das Urteil ist vor allem der Beharrlichkeit der polnischen Nebenkläger zu verdanken. Für einen Augenblick herrschte ungläubiges Staunen im Saal 142 des Berliner Landgerichtes. „Der Angeklagte wird zu einer Freiheitsstrafe von zehn Jahren verurteilt,“ lautete [...] Von Hubertus Knabe <https://hubertus-knabe.de/spaete-suehne-fuer-einen-stasi-mord/>



## Vom Repräsentationsbau der SED-Diktatur zur Robert-Havemann-Gedenkstätte

Ein Vorschlag zur Neuaneignung des ehemaligen Staatsratsgebäudes: Der 1960 geschaffene Staatsrat bildete als eine Art kollektives Staatsoberhaupt das höchste politische Organ der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und wurde mit Ausnahme von 1973 bis 1976, als Willi Stoph dieses Amt innehatte, vom Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) geleitet (1960–1973 Walter Ulbricht, 1976–1989 Erich Honecker, 1989–1990 Egon Krenz). Für ihn wurde von 1962 bis 1964 unter der Leitung von Roland Korn, der als Chefarchitekt Ost-Berlins galt, und

Hans Erich Bogatzky, der für die Innengestaltung verantwortlich zeichnete, ein repräsentativer Amtssitz am Berliner Marx-Engels-Platz (heute Schloßplatz) auf der seit der Sprengung des Berliner Stadtschlosses 1950/1951 brach liegenden Fläche im Zentrum der Hauptstadt errichtet.

In die 150 Meter lange, 25 Meter hohe, in elf Achsen gegliederte, mit grauem Sandstein und rotem Rhyolith verkleidete Frontfassade des dreigeschossigen Stahlbetonskelettbauwerks wurde ein barockes Sandsteinportal des abgerissenen Ho-

henzollernschlosses als „Liebknechtportal“ integriert, da von ihm – bzw. genau genommen unter ihm – Karl Liebknecht am 09. November 1918 die sozialistische Republik ausgerufen hatte. Dieses Ereignis zählte zu den legitimatorischen Fundamenten der DDR, die sich als Vollendung des nach 1918 gescheiterten Versuches der Durchsetzung des Sozialismus in Deutschland sah.

Dem Engagement von Architekturhistorikern und Stadtplanern aus Ost und West ist es zu verdanken, dass das Staatsratsgebäude Mitte der 1990er Jahre nicht für

die Errichtung eines neuen Außenministeriums abgerissen wurde. Nach verschiedenen Interimsnutzungen wurde es in den Jahren 2004 bis 2006 für eine neue Nutzung durch die private gemeinnützige Hochschule European School of Management and Technology (ESMT) umfassend saniert und modernisiert, wobei seine Funktions- und Arbeitsräume den neuen Anforderungen angepasst wurden. Bei diesen Instandsetzungsmaßnahmen blieben jedoch zwei wichtige, seit dem Ende der DDR unangetastete und für die Öffentlichkeit unzugängliche Räume des Gebäudes, der Sitzungssaal des Staatsrates und der 400 Quadratmeter große Kinosaal, in dem Filme auf ihre „politische Korrektheit“ hin überprüft worden waren, außen vor. Diese beiden geschichtsträchtigen Räume sollen nun im Rahmen eines von der Deutschen Stiftung Denk-

malschutz unterstützten Projektes saniert werden.

An dieser Stelle setzt der hier zu präsentierende Vorschlag zum Umgang mit einem von der SED-Diktatur schwer belasteten Ort an. Er möchte den Sitzungssaal des DDR-Staatsrates in eine dem Dissidenten und Regimekritiker Robert Havemann (1910-1982), der eine Symbolfigur der DDR-Opposition und die zentrale Figur für die meisten DDR-Oppositionellen war und dafür von der SED-Diktatur mit einem Berufsverbot belegt und zeitweise unter Hausarrest gesetzt wurde, gewidmete Gedenkstätte transformieren. Der Kinosaal ließe sich als dazugehöriger Veranstaltungsraum für Vorträge, Podiumsdiskussionen und Filmvorführungen zur Geschichte der DDR und ihrer Oppositionsbewegung nutzen. Es wäre von nicht zu unterschät-

zender Symbolkraft, wenn der ursprünglich der DDR-Führung dienende Sitzungssaal und der zur Zensur eingerichtete Kinosaal eine Neuaneignung zum Zwecke der kritischen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur sowie der Würdigung der mutigen Menschen, die sich wie Robert Havemann ihr widersetzen, erföhre.

Thomas Tews



Berliner Schloßplatz mit dem Humboldt Forum im Vordergrund und dem ehemaligen Staatsratsgebäude im Hintergrund. Text und Foto: Thomas Tews

## Bausoldat ist man lebenslänglich

Zum 60. Jahrestag der „Bausoldatenregelung“ am 07. September 1964: „Pazifisten in Uniform“. So wurden die Bausoldaten der Nationalen Volksarmee der DDR mit unüberhörbar ironischem Unterton genannt. In ihrem Herzen waren sie Wehr- und Kriegsdienstverweigerer, in der Praxis waren sie Soldaten einer Armee, die sich im Kalten Krieg an hochaggressiven Feindbildern ergötzte. Im Westen Deutschlands waren die Wehr- und Kriegsdienstgegner durch das Gesetz geschützt. Ein oft verspotteter, aber in Wirklichkeit dringend benötigter Zivildienst bot einen sinnvollen Raum der Betätigung. Wer selbst das nicht wollte, flüchtete in die entmilitarisierte Stadt West-Berlin, studierte dort an der Freien Universität oder kämpfte in der Hausbesetzerzene gegen „Miethaie“ und das „Kapital“.

Das „Angebot“ der SED-Führung an die Wehr- und Kriegsdienstgegner kann man nur als Demütigung bezeichnen: Bausoldaten waren der Militärgerechtheit unterworfen, sie waren in das militärische Reglement eingebunden, hatten eine militärische Ausbildung zu absolvieren und waren (meist) in militärischen Einrichtungen beschäftigt. Das einzige essenzielle „Zugeständnis“ an ihre antimilitaristische Gesinnung bestand darin, dass den Bausoldaten die direkte Ausbildung an der Waffe erspart wurde.

Der SED-Staat sah in den 15.000 Bausoldaten, die zwischen 1964 und 1990 eingezogen worden waren, eine „legale Konzentration feindlich-negativer Kräfte“, d.h. man machte sich selbst zum Vorwurf, den staatsfeindlichen Pazifisten eine „Plattform“ geboten zu haben.

Tatsächlich wurden die Bausoldaten über ihre eigentliche Dienstzeit hinaus zu einer stabilen Säule gegen die Diktatur. Ohne als homogene Gruppe fassbar zu sein, gehören sie immer wieder zu den engagiertesten Akteuren gegen die Militarisierung der DDR, den Befürwortern von „Schwerter zu Pflugscharen“ und „Sozialem Friedensdienst“ (SoFd), später der Umwelt- und Bürgerrechtsbewegung sowie den politisch aktivsten Pfarrern z.B. im Arbeitskreis Solidarische Kirche.

Der SED-Staat betrachtete die Bausoldaten nicht nur als Staatsfeinde, er behandelte sie auch als solche. Bereits mit der Musterung setzten die ersten „Maßnahmen“ ein: Behinderung in der Berufswahl, Verhinderung des Studiums teilweise unter Einbezug der Lebenspartnerin. >>>

## 35 Jahre Mauerfall

**Den Jahrestag des Mauerfalls nimmt die Sächsische Landesbeauftragte zum Anlass, um nachdrücklich Verbesserung für die von SED-Unrecht Betroffenen zu fordern:** „Die Bundesregierung beschließt in Kürze die Reform der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze. Damit die Reform den Betroffenen tatsächlich zugutekommt, bedarf es jedoch weiterer Änderungen, die im derzeitigen Gesetzesentwurf nicht enthalten sind: Die Opferrente muss vor einer Dynamisierung grundsätzlich erhöht werden. Die Prüfung der wirtschaftlichen Bedürftigkeit der Betroffenen ist abzuschaffen. Die Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden muss erleichtert und die Einmalzahlung für Zwangsausgesiedelte auf eine angemessene Höhe festgelegt werden“, so Dr. Nancy Aris.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die Verantwortung für die Rehabilitierung und Entschädigung der SED-Opfer übernommen. 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution ist es aus Sicht der Sächsischen Landesbeauftragten nicht zu spät, diese Verantwortung noch einmal zu unterstreichen und Unterstützungsleistungen denjenigen leichter zugänglich zu machen, die diese am dringendsten benötigen. Nicht zuletzt kann die Reform zeigen, dass das von der Diktatur verursachte Leid in unserer Gesellschaft wahrgenommen und anerkannt wird.



Grafik zur Lager der Bausoldaten in der DDR.

Bekannt ist erst seit kurzem die Tatsache, dass Bausoldaten zeitweise unter gleichen Bedingungen in der chemischen Industrie eingesetzt wurden wie politischen Gefangene in der DDR. Bekannt wurde durch die Forschungsarbeiten von Justus Vesting der Einsatz in Buna, Bitterfeld und Leuna. Bausoldaten weisen ähnliche Symptome psychischer und körperlicher Erkrankungen auf wie politische Gefangene der DDR. Die UOKG wird versuchen, diesen Bereich in ihre Forschungstätigkeit einzubinden.

Man wird dieses Unrecht nicht beseitigen können. Anders als viele andere sehen auch Bausoldaten oft darin eine Konsequenz ihres christlichen oder menschlichen Handelns, die sie zu tragen bereit sind. Andererseits sind wir, die Gesell-

schaft, ihnen zu Dank für ihren damaligen Einsatz verpflichtet.

Die Deutsche Härtefall-Stiftung nahm auf Anregung der Opferbeauftragten und der UOKG das Anliegen positiv auf. Sie wisse sich, so teilte sie mit, verantwortlich für die Bausoldaten, die ja Angehörige der NVA gewesen seien.

Dies bedeutet, jeder Bausoldat bzw. auch Hinterbliebene, der im Umfeld des Dienstes bei der NVA Schäden erlitten hat oder sich in einer akuten Notlage befindet, kann sich an die Härtefall-Stiftung wenden. <https://haertefall-stiftung.de/> Auf Rückfragen antwortet auch: [cs@christian-sachse.de](mailto:cs@christian-sachse.de)

Christian Sachse, UOKG

## Folgen von Zersetzung durch die Stasi für die psychische Gesundheit von Betroffenen

**Im Rahmen des Forschungsverbundes „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“,** welcher eine finanzielle Förderung vom Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland erhielt, **wurden 63 Betroffene von Zersetzungsmaßnahmen untersucht.** Dazu wurden sie in einem ausführlichen Interview und durch Fragebögen nach ihren Erlebnissen und zu ihrem Gesundheitszustand befragt. **Obwohl von einer vier- bis fünfstelligen Betroffenenanzahl ausgegangen wird, ist dieser Personengruppe bisher von dem Gesundheits- und Rechtswesen nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden, was angemessene medizinische Behandlungen, die Aufarbeitung und die Anerkennung als Betroffene von SED-Unrecht erschwert.** Unser Verbundprojekt wurde bereits in Ausgabe 02/24 kurz vorgestellt und es soll daher hier nur daran erinnert sein, dass wir seit 2021 über unsere vier Standorte Jena, Leipzig, Magdeburg und Rostock verteilt verschiedene Betroffenenengruppen von SED-Unrecht und zugehörige Themen erforschen. Im Juni 2024 lief dieses Forschungsprojekt aus, erhielt aber eine weitere Finanzierung, um die Ergebnisse für Betroffene, Behandler, und die generelle Öffentlichkeit aufzuarbeiten und zu verbreiten. In diesem Beitrag möchten wir überblicksartig die

Ergebnisse des Rostocker Teilprojektes zu den gesundheitlichen Langzeitfolgen von Zersetzungsmaßnahmen vorstellen.

### Teilnehmer und Ihre Erfahrungen

**Die Teilnehmer unserer Teilstudie waren im Schnitt 23 Jahre alt, als die Zersetzung begann. Bei fast allen wurden Maßnahmen angewandt, die das Privatleben zerstörten, berufliche Misserfolge inszenierten, und wo Disziplinierungen die Betroffenen verunsichern sollten.** Die Teilnehmer wurden abgehört, die Post wurde kontrolliert oder es wurden regelmäßig Hausbesuche getätigt. Bei weniger als der Hälfte der Teilnehmer wurde die Bewegungsfreiheit eingeschränkt und/oder das Ansehen diskreditiert. Hier wurden zum Beispiel ein Reiseverbot erteilt oder auch ein PM12 ausgestellt. Knapp 40 % wurden wegen unpolitischer Delikte kriminalisiert, wenn sie z. B. an Diskussionsgruppen teilnahmen, oder Streitgespräche mit Polizisten hatten. Unter anderem sind strafrechtliche Situationen fingiert worden, zum Beispiel wurden Diebstähle unterstellt. Insgesamt wussten ca. 70 % der Befragten bereits während sie zersetzt wurden, dass sie im Visier des MfS waren, oder hatten zumindest eine Ahnung. Der Rest erfuhr jedoch erst durch die Einsicht in ihre Stasi Akte, dass bei ihnen die „Richtlinie 1/76“ oder ähn-

liche Maßnahmen strukturiert angewandt worden sind.

### Psychische Folgen

Bei 33 Befragten wurde in der Studie mindestens eine psychische Störung diagnostiziert. Aktuell und über die bisherige Lebenszeit waren Angst- und depressive Störungen am häufigsten vertreten. Eine depressive Episode kann Symptome wie eine gedrückte Stimmung, Veränderung des Appetits, Schlafprobleme, Gefühle der Wertlosigkeit und Konzentrationsschwierigkeiten enthalten. Auch Dysthymie, eine depressive Verstimmung, welche über mindestens zwei Jahre anhält und einige Begleitsymptome wie oben genannt aufweist, haben 11 % der Teilnehmer mindestens einmal in ihrem Leben erfahren. Die Ausprägung von Depression in der Allgemeinbevölkerung Deutschlands liegt laut Zahlen von 2013 deutlich unter der von Zersetzungs-betroffenen in unserer Studie. So wird gegenwärtig von 1,3 % der Allgemeinbevölkerung eine schwere depressive Episode erlebt, während es bei der Gruppe von Zersetzungs-betroffenen 8,1 % waren.

In Bezug auf Angststörungen zeigte sich, dass ein Drittel der Teilnehmer schon mindestens ein Mal in ihrem Leben an Agoraphobie gelitten haben. Bei dieser Diagnose trauen Betroffene sich immer weniger aus ihrer Wohnung – sie haben z. B. Angst da-

vor, dass ihnen etwas passiert, sie in eine peinliche Situation geraten, oder dass sie durch eine große Menschenmasse navigieren müssen – die Gründe sind oft individuell, das Ergebnis aber sehr ähnlich. Man führt ein immer isolierteres Leben, Alltägliches wie Versorgung mit Lebensmitteln oder Arztbesuche können eine große Hürde darstellen. Während 11 % der Betroffenen von Zersetzung in unserer Studie über die letzten 12 Monate eine Agoraphobie berichteten, liegt der Schnitt in der Allgemeinbevölkerung bei 4 %. Weiter waren auch dissoziative Störungen vertreten. Bei diesen wird die Umwelt, der eigene Körper oder beides in stressbehafteten Situationen als unwirklich oder wie im Nebel wahrgenommen.

### Abschließende Gedanken

Die Studie konnte zeigen, dass auch viele Jahre nach der Zersetzung tiefe seelische Spuren bei den Betroffenen zu finden sind. **Die Anzahl an Beschwerden, die als psychische Störung diagnostiziert werden kann, ist dabei prozentual deutlich größer als in der deutschen Allgemeinbevölkerung.** Bei der Interpretation der Ergebnisse ist es wichtig zu beachten, dass die Gruppe von Zersetzungs-betroffenen, wie oben genannt, eigentlich sehr viel größer ist, als unsere Stichprobe. Wir konnten nur einen Teil rekrutieren, und es ist wahrscheinlich, dass es Unterschiede gibt zwischen denen, die sich zu einer Teilnahme

bereit erklärt haben und denen, die nicht zu Studienteilnahmen bereit sind. **Viele Betroffene leben zurückgezogener als andere Menschen, was es schwerer macht, sie zu kontaktieren oder ausfindig zu machen.** Auch kann man annehmen, dass Betroffene mit starker psychischer Belastung früher verstorben sind als andere. Es ist also notwendig, dass in diesem Gebiet noch weiter geforscht wird, um die bisherigen Erkenntnisse zu festigen. Was sich jedoch bereits jetzt sehr klar herausstellt: Im Gesundheitsbereich ist eine Kenntnis der zeitgeschichtlichen Gegebenheiten durch z.B. Ärzte und Psychotherapeuten wichtig, um eine angemessene Behandlung von Zersetzungs-betroffenen zu gewährleisten.

**Autoren:** Jannike Dedow, Carsten Spitzer. Klinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Universitätsmedizin Rostock.

Wenn Sie mehr über das Projekt und die verschiedenen Studienergebnisse erfahren möchten, besuchen Sie die Verbundwebsite: [www.sed-gesundheitsfolgen.de](http://www.sed-gesundheitsfolgen.de)

### Literatur

– Bayley, P. J., Kong, J. Y., Helmer, D. A., Schneideman, A., Roselli, L. A., Rosse, S. M., et al. (2014). Challenges to overcome using population-based sampling methods to recruit veterans for a study of post-traumatic stress disorder

and traumatic brain injury. *BMC Medical Research Methodology*, 14, 48.

– Jacobi, F., Höfler, M., Strehle, J., Mack, S., Gerschler, A., Scholl, L., Busch, M. A., et al. (2014). Psychische Störungen in der Allgemeinbevölkerung: Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland und ihr Zusatzmodul Psychische Gesundheit (DEGS1-MH). *Der Nervenarzt*, 85, 77–87.

– Kocalevent, R. D., Hinz, A., & Brähler, E. (2013). Standardization of the depression screener patient health questionnaire (PHQ-9) in the general population. *General Hospital Psychiatry*, 35, 551-555.

– Maltusch, A., Krogmann, D., Spitzer, C. (2024). Psychische Störungen und aktuelle Depressivität bei Betroffenen von Zersetzung in der DDR. [Manuscript submitted for publication]

– O'Brien, J. E., Brewer, K. B., Jones, L. M., Corkhum, J., & Rizo, C. F. (2022). Rigor and Respect: Recruitment Strategies for Engaging Vulnerable Populations in Research. *Journal of Interpersonal Violence*, 37, NP17052–NP17072.

– Süß, S. (1999). Repressive Strukturen in der SBZ/DDR – Analyse von Strategien der Zersetzung durch Staatsorgane der DDR gegenüber Bürgern der DDR. In: *Deutscher Bundestag: Strukturelle Leistungsfähigkeit des Rechtsstaats Bundesrepublik Deutschland bei der Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit* (S. 193–250). Baden-Baden: Nomos. 🚫

## 20. Bützower Häftlingstreffen 07./08.11.2024

Politische Haft in der DDR im Umbruch 1989 / Forum zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit: Zum nunmehr 20. Mal fand am 07. und 08. November 2024 das Bützow-Treffen für ehemalige politische Häftlinge und an der Aufarbeitung der DDR Interessierte statt.

Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, nahm zu Beginn des Treffens am Gedenken an die Opfer des SED-Regimes teil und sprach anschließend zur Eröffnung der Tagung im Rathaus Bützow ein Grußwort. Als Initiator des Häftlingstreffens blickte Dr. Andreas Wagner in seinem Vortrag auf zwei Jahrzehnte zurück und sprach über Perspektiven der Aufarbeitung anschließend im Podium in Moderation von Christoph Wunnicke mit dem Zeitzeugen Uwe Kas-

pernit. Den ersten Tag beschloss eine szenische Lesung „Oktoberfrühling – Kaleidoskop einer Revolution“ des Berliner Recherchekollektivs Vajswerk e.V.

Dr. Volker Höffer eröffnete mit einem Impuls zur politischen Haft in Zeiten des Umbruchs, was in einem Zeitzeugengespräch vertieft wurde. Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Sternberg beschäftigten sich mit ihrem Lehrer Gottfried Hägele in einem Zeitzeugenprojekt mit den Biografien von Uwe Kaspernit und Jürgen Eggert. In einem Gespräch mit den ehemaligen politischen Häftlingen setzten sie Fragen von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Bezug zu gegenwärtigen politischen Problemen. Mit einer Reflektionsrunde und einem gemeinsamen Mittagessen konnte das Treffen ausklingen.

Politische Memoriale e.V.  
Mecklenburg-Vorpommern  
Severinstraße 6, 19053 Schwerin  
Telefon: +49 3 85 – 7 58 73 11  
Telefax: +49 3 85 – 7 58 73 13  
(<https://www.polmem-mv.de/>)



20. Bützower Häftlingstreffen am 07. und 08. November 2024 in Bützow – Bützower Schlossplatz 2, Krummes Haus. Copyright Politische Memoriale e.V.

## Verbandstreffen der UOKG e.V. 02./03.11.2024

Beim diesjährigen zweiten Verbandstreffen im Herbst 2024 wurde der Fokus auf die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze gelegt. Die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke nahm sich trotz ihres engen Terminkalenders die Zeit, unsere Mitglieder über den aktuellen Stand im parlamentarischen Prozess zu informieren. Zusätzlich rief die gute Nachricht, dass IKEA 6 Mio. Euro in den geplanten Bundesweiten Härtefallfonds der Bundesregierung einzahlen will, zahlreiche Fragen hervor. Auch diese beantwortete Frau Zupke und wird in

dieser Ausgabe des Stacheldrahtes nochmal für alle berichten (Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten).

Johannes Beleites, neuer Landesbeauftragter für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Sachsen-Anhalt, stellte sich mit einem Grußwort und einem persönlichen Einblick in seinen bisherigen Werdegang vor. Dabei betonte er die herausragende Bedeutung der UOKG als Dachverband, lobte unsere Bemühungen im politischen Raum wie in der Forschung zum Thema Zwangsarbeit. Wir freuen uns auf die zukünftige Zusammenarbeit.

Das herbstliche Verbandstreffen wird von der Bundesgeschäftsstelle der UOKG gerne genutzt, um einerseits einen Rückblick ins fast vergangene Jahr zu wagen und andererseits um über neue Initiativen, Projekte und Erkenntnisse zu informieren.

So konnten wir die filmischen Dokumentationen von Lucas Hütter, dem Kameramann der UOKG, zur Eröffnung der Gedenkstätte Hoheneck, zum Besuch des Dokumentationszentrums in Schwerin und der Protestaktion vor der Aldi-Hauptzentrale in Essen anschauen.

Die Eröffnung der Gedenkstätte Hoheneck stellte dieses Jahr – nach so vielen Jahren der Anstrengungen – nicht nur für die betroffenen Frauen ein Meilenstein dar. Ebenso die Absichtserklärung von IKEA, 6 Mio. in den Fonds einzuzahlen. Ein großartiger Erfolg und Abschluss der über 10 Jahre andauernden UOKG-Bemühungen. Der langjährigen intensiven und vor allem wissenschaftlich fundierten Arbeit von Dr. Christian Sachse u.a., dem guten Kontakt zu IKEA, speziell zur Pressesprecherin Frau Nold, haben wir es zu verdanken, dass dieser Arbeitsprozess nun endlich zum Ende kam. Aber wie immer – jedes Ende ist ein neuer Anfang – und natürlich werden wir, die UOKG und unsere zahlreichen Unterstützer weiter dafür kämpfen, dass auch andere noch existente Unternehmen, die von der Zwangsarbeit politisch Inhaftierter in der DDR profitierten, ihren Beitrag leisten. So war der Zeitpunkt des Verbandstreffens sehr günstig. Viele unserer Mitstreiter nahmen sich Flugblätter/Kundeninformationen zu Aldi mit nach Hause, werden diese

deutschlandweit verteilen. Darüber hinaus erhielten sie eine Einführung im Umgang mit den Sozialen Medien und den neuen Accounts der UOKG auf Instagram und X (ehem. Twitter). Die sozialen Medien werden immer wichtiger bei der Nachrichtenverbreitung und der Erreichung neuer Zielgruppen.

In der sich anschließenden Mitgliederversammlung berichteten unsere Mitglieder über ihre zahlreichen Aktivitäten, um die Erinnerung an das vergangene und heutige Unrecht wachzuhalten. Unser Mitglied, der 2022 gegründete Verein „PatriaYVida“ aus Dresden, führt monatlich eine Protestaktion an verschiedenen Orten durch, um über die Lage der politischen Gefangenen in Kuba zu informieren und deren Freilassung zu fordern. Unser Gedenkstättenbeauftragter und Regionalbeauftragter Norddeutschlands, Michael Schulz, wird in Zusammenarbeit mit der Landesregierung Schleswig-Holsteins vier Gedenkstelen errichten, um an die an der Grenze erschossenen Menschen zu erinnern.

**Bei den Gedenkstätten mit doppelter Diktaturgeschichte gestaltet sich die Erinnerung und Mahnung teilweise schwierig. Dabei geht es den Opfern der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und SED-Diktatur sowie deren Angehörigen nicht darum, die Geschehnisse mit denen des Nationalsozialismus gleichzusetzen, sondern darum, dass auch die Erinnerungen und Erlebnisse der zweiten deutschen Diktatur ihren Raum und eine angemessene Darstellung finden.**

Weil wir alle nicht jünger werden, kommt es immer mehr darauf an, die Vereine und Initiativen im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen. Der stellv. Bundesvorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) Felix Holtschke berichtete, dass sie neue Wege beschreiten müssen, um eine Generalversammlung durchführen zu können, da viele ihrer Mitglieder nicht mehr ausreichend mobil sind. Umso mehr freut es uns – wie im Fall des Vereins zum Internierungslager Ketschendorf – dass sich jüngere Generationen engagieren.



„Was Menschen Menschen antun“ – Karl-Heinz Bomberg



Evelyn Zupke (SED-Opferbeauftragte) und Johannes Beleites (Landesbeauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur)



Gino Kuhn, das Gemälde ist von ihm und heißt „Das Paar“

Auf dem letzten Verbändetreffen stellte sich der Verein „Gedenkort Neubrandenburger Lindenberg – Stasi – Untersuchungshaftanstalt e.V.“ ausführlich vor und wurde nun erfreulicherweise ohne Gegenstimmen als neues Mitglied unter dem Dachverband der UOKG aufgenommen.

Zum Ausklang stellte Dr. Karl-Heinz Bomberg sein neues Buch „Was Menschen Menschen antun – Retraumatisierung politisch Verfolgter der DDR“ vor. Der Künstler Gino Kuhn, seit vielen Jahren im Landesverband Berlin der VOS tätig, illustrierte das Cover des Buches mit seinem Gemälde „Das Paar“. In der sich anschließenden Fragerunde wurde die Wertschätzung unserer Mitglieder für die psychologisch-einfühlsame Arbeit Bombergs deutlich. Darüber hinaus berichtete er von seinen letzten Auftritten. Weltweit treten er und seine musikalische Begleitung Erika Kunze auf und berichten dort über die Menschenrechtsverletzungen in der ehemaligen DDR. Natürlich sangen er und Frau Kunze noch einige Lieder.

### Was Menschen Menschen antun

Karl-Heinz Bomberg geht existenziellen Fragen des Lebens und Überlebens nach. Die Bedeutung von Konstruktivität und Destruktivität untersucht er in der gesellschaftlichen Entwicklung und insbesondere in der Langzeitdokumentation politisch Verfolgter der DDR. Was habe ich in meinem Leben gut bewältigt? Wo setzen Destruktivitäten ein? Zu welcher Bilanz komme ich? Dabei erscheinen er-

littene Traumafolgestörungen wie eine Grunderkrankung, die durch äußere oder innere Auslöser jederzeit reaktiviert werden kann.

So lösen aktuelle Kriege und Krisen unterschiedliche klinische Symptome aus – von generalisierten Ängsten über vegetative Übererregbarkeit bis hin zu Ohnmacht und Hilflosigkeit. Das Wissen um diese Zusammenhänge kann Betroffenen helfen, auftretende Beschwerden zu lindern. Analytische Traumatherapie, alternative Methoden und künstlerische Arbeit bilden dafür eine produktive Grundlage. Davon zeugen die Protagonistinnen und Protagonisten dieses Buches.

Karl-Heinz Bomberg: Was Menschen Menschen antun. Retraumatisierung politisch Verfolgter der DDR, Buchreihe: Forum Psychosozial, 174 Seiten, 1. Aufl. 2024, ISBN-13: 978-3-837933819.

### Der Mitschnitt des letzten Verbändetreffens ist jetzt online auf YouTube:

<https://youtu.be/d0M-6ahIOoM?feature=shared>

### Wir freuen uns auf das nächste Verbändetreffen am 14./15. Juni 2025, welches nicht in Berlin, sondern unter dem Motto „Lenindenkmal – 40 Jahre sind genug“ in Schwerin stattfinden soll.

Sandra Czech, Grundsatzreferentin, UOKG – Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V.



Dieter Dombrowski (Vorsitzender der UOKG).  
Alle Fotos: Lucas Hütter



V.l.n.r.: Evelyn Zupke (SED-Opferbeauftragte), Carla Ottmann (Stellv. Vorsitzende UOKG), Dieter Dombrowski (Vorsitzender UOKG), Christoph Fichmüller (Stellv. Vorsitzender UOKG)



Sandra Czech und Peter Keup (Mitte) Mitarbeiter der UOKG

## Sie sind nicht vergessen...

Am 29. Oktober 2024, am Vorabend des in Russland offiziellen Gedenktages für die Opfer politischer Verfolgung, werden jedes Jahr in vielen russischen Städten die Namen derer verlesen, die Opfer des stalinistischen-kommunistischen Terrors wurden.

**Memorial Deutschland e.V. beteiligt sich an dieser Gedenkveranstaltung und lädt in Deutschland regelmäßig zur Teilnahme ein.** In Berlin werden daher jedes Jahr am 29. Oktober am Denkmal für die Opfer des Stalinismus auf dem Steinplatz in Berlin-Charlottenburg die Namen der aus Deutschland stammenden Opfer verlesen.

923 deutsche Zivilisten wurden zwischen 1950 und 1953 von Sowjetischen Mili-

tärtribunalen zum Tode verurteilt, nach Moskau verschleppt und dort erschossen. Sie erhielten kein individuelles Grab, ihre Asche wurde auf einem Friedhof verscharrt. Am 18. Oktober 1991 erklärte der Oberste Rat der Russischen Sowjetrepublik den 30. Oktober zum offiziellen „Gedenktag der Opfer politischer Verfolgung“ und die russische Militärstaatsanwaltschaft rehabilitierte die Opfer. Durch das Verlesen der Namen im Rahmen der jährlichen Gedenkveranstaltung wird ihnen ihr Name zurückgegeben. Zugleich wird der aktuellen Opfer politischer Gewalt gedacht.

Dieses Jahr war u. a. Irina Lasarewna Scherbakowa anwesend. Sie ist Gründungsmitglied der Menschenrechtsorganisation Memorial, die 2022 mit dem Frie-

denobelpreis ausgezeichnet wurde und jetzt in Russland verboten ist. Seit dem Jahr 2022 lebt Frau Scherbakowa im Exil in Deutschland und setzt dort ihre Arbeit fort. Im Weiteren waren Dieter Dombrowski (Vorsitzender der UOKG e.V.), Gino Kuhn (Künstler und Fluchthelfer), Hugo Diedrich (Bundesvorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.) und viele andere anwesend.

André Rohloff

### „Rückgabe der Namen“ – Gedenkveranstaltung für die Opfer des stalinistischen Terrors

Zum fünften Mal fand diese Namenslesung auch am Berliner Steinplatz statt. >>>



Sie sind nicht vergessen... Denkmal für die Opfer des Stalinismus auf dem Steinplatz in Berlin-Charlottenburg. Foto: André Rohloff

Memorial Deutschland e.V. hatte wieder zu dieser Gedenkveranstaltung eingeladen, um am Denkmal für die Opfer des Stalinismus diesmal die Namen der zum Tode verurteilten und in Moskau hingerichteten aus dem Bundesland Thüringen zu verlesen. Die Jahre zuvor wurden die Namen der Opfer aus Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt verlesen. Zwischen 1950 und 1953 wurden etwa 1000 deutsche Zivilistinnen und Zivilisten von Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) in der DDR zum Tode verurteilt, nach Moskau verschleppt, um dort im Butyrka-Gefängnis hingerichtet zu werden. Die Opfer haben kein individuelles Grab, sie wurden heimlich auf dem Donskoje Friedhof in Moskau anonym verscharrt. 101 Frauen und Männer aus Thüringen wurden zwischen April 1950 und Dezember 1953 in Moskau erschossen. Die meisten Opfer wurden nach dem Zerfall der Sowjetunion von der russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert.

Christine Riek, Mitglied im Vorstand von Memorial Deutschland, gedachte bei ihrer Eröffnung auch dem Deutsch-Iraner

Jamshid Sharmahd, der im Sommer 2020 aus Dubai von Schergen des Mullah-Regimes in den Iran entführt und am 28. Oktober 2024 hingerichtet wurde. Unsere Gedanken gingen an seine Tochter Gazelle, die jahrelang vergeblich an die deutsche Regierung appelliert hat, sich stärker für seine Freilassung einzusetzen. Auch Angehörige der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion beteiligten sich an der Namenslesung. Lars Maltzahn, Sohn von Horst Maltzahn, politischer Häftling in Workuta, beteiligte sich ebenso wie Margreet Krikowski. Sie verlas u.a. den Namen von Heinz Baumbach, dessen Todesurteil am 23. Oktober 1952 vollstreckt wurde. Unsere Gedanken gingen an seine Tochter und Enkeltochter, die dafür gesorgt haben, dass die erste Gedenktafel „Letzte Adresse“ in Deutschland am 30. August 2019 an seinem Wohnhaus in Treffurt (Thüringen) angebracht wurde.

Stefan Krikowski verlas u.a. den Namen von Heinz Eisfeld, der am 16.07.1952 in Potsdam (Leistikowstr.) durch ein SMT zum Tode verurteilt wurde. Heinz Baumbach – obgleich aus Treffurt stammend – hatte Kontakt zu Heinz Eisfeld und Helmut Paichert, der Teil einer Gruppe von Schülern aus Meuselwitz war. Auch Frieder Wirth gehörte dieser Gruppe an. Wie seine Freunde Eisfeld und Paichert wurde auch er zum Tode verurteilt. Als er aus der Todeszelle im Butyrka-Gefängnis in Moskau in eine andere Zelle verlegt und zur

Zwangsarbeit in einem Straflager (Workuta) „begnadigt“ wurde, nahm Wirth an, dass nun auch seine Kameraden Eisfeld, Paichert und Baumbach bald kommen würden. Aber sie kamen nicht. Eisfeld, Paichert und Baumbach wurden am 23. Oktober 1952 im Butyrka-Gefängnis erschossen!

Bei trübem Herbstwetter kamen etwa 70 bis 80 Personen zur Gedenkveranstaltung, darunter viele Russen. Viele lasen die Namen ihrer eigenen Familienangehörige auf Russisch oder anderer für sie wichtige Personen, die Opfer kreml'sch-putinscher Gewaltherrschaft wurden, vor. Drei russische Frauen verlasen Briefe aus dem GULag, der erste wurde im Jahr 1917 verfasst und der zweite über 100 Jahre später. Über zwei Stunden Namenslesung reichte nicht aus, sodass bei der nächsten Namensverlesung im Oktober 2025 die Namen der Opfer aus Thüringen fortgeführt wird.

Der derzeitige grauenhafte Vernichtungskrieg Russlands gegen das ukrainische Volk fordert weitere Tausende unschuldige Tote, viele ebenso in Massengräbern verscharrt.

Stefan Krikowski, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion e.V., Mitglied in der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG)



Impression von der Gedenkveranstaltung am 29. Oktober 2024 vom Steinplatz in Berlin. Christina Riek und Irina Scherbakowa (MEMORIAL). Foto: Stefan Krikowski

## Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten

Liebe Leserinnen und Leser des Stacheldrahtes, ich schreibe Ihnen heute am Mittwoch, den 13. November, wenige Tage nach dem 35. Jubiläum des Mauerfalls. Warum ich das konkrete Datum erwähne, hat einen einfachen Grund. Seit dem Bruch der Regierungskoalition befinden wir uns im politischen Berlin in einer turbulenten, sich laufend verändernden,

Lage. Der Bruch der Regierungskoalition stellt auch uns, die wir in der Politik für Verbesserungen für die SED-Opfer kämpfen, vor große Herausforderungen. Gleichzeitig ist das, was zwischen den bisherigen Koalitionspartnern passiert ist, so schwer es auch ist, Ausdruck unserer lebendigen Demokratie. Macht wird nur auf Zeit gewährt. Und um Macht auszu-

üben, braucht man Mehrheiten im Parlament.

Für Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie sind die Menschen 1989 in der DDR auf die Straße gegangen. In den Jahrzehnten davor mussten tausende Menschen für ihren mutigen Widerspruch in der Diktatur Repression bis zur Inhaft-

tierung erdulden. Ja, Demokratie ist nicht einfach. Das erleben wir gerade jetzt in diesen krisenhaften Zeiten. Wir sollten uns aber, gerade jetzt, des unschätzbaren Wertes unserer Demokratie bewusst sein. Jeder, der wie Sie und ich die Diktatur erlebt hat, weiß, wovon ich spreche.

Noch am Morgen des Tages des Regierungsbruchs gab es eine Anhörung zu unserem Gesetzespaket im Rechtsausschuss des Bundestages. Neben Dieter Dombrowski für die UOKG, Carla Ottmann für das Frauenforum der UOKG und mir als SED-Opferbeauftragte, haben Maria Nooke und Peter Wurschi für die Landesbeauftragten und weitere Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft Stellung zum Gesetzentwurf genommen. Die Positionen der Experten waren in beeindruckender Weise eindeutig: Dieses Gesetz braucht eine grundlegende Überarbeitung. Dies betrifft sowohl die Einführung einer grundlegend einfacheren Regelung zur Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden, eine angemessene Erhöhung der Opferrente und der geplanten Einmalzahlung für die Opfer von Zwangsausiedlung und die Einführung eines generellen Zweit-

antragsrechts. Für mich und die UOKG gehören auch die Doping-Opfer ins Rehabilitierungsgesetz.

Ich bin dankbar, dass auch die Abgeordneten, egal ob Regierung oder Opposition, sich in ihren Statements der Kritik der Experten angeschlossen haben. Darauf werden wir in den nächsten Wochen und Monaten aufbauen.

### Wie geht es nun weiter?

Ich sehe zwei Möglichkeiten: Entweder finden die Regierungsfractionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und CDU/CSU zueinander und vereinbaren, das Gesetzgebungsvorhaben gemeinsam abzuschließen. Dies ist, gerade, da es keine Einigung über den Bundeshaushalt gibt, alles andere als einfach. Unmöglich ist es aber nicht.

Wenn dies jedoch nicht passiert, stehen wir **nicht** mit leeren Händen da.

Die Zustimmung, die wir jetzt über die Parteigrenzen hinweg erfahren haben, werden wir mitnehmen. Mit in die Gespräche mit den Abgeordneten des neu

gewählten Bundestages. Und selbstverständlich mit in die Gespräche mit den Parteien, die sich in Koalitionsverhandlungen über das Programm einer neuen Bundesregierung verständigen werden.

**Der eine oder der andere Weg wird uns, da bin ich überzeugt, zu einem guten Ergebnis für die Opfer bringen.** Gerade mit Blick auf einen neuen Bundestag geht es mir dabei nicht nur um die Themen, die wir aktuell für die Opfer im Bundestag verhandeln. Ich denke dabei ebenso auch an Themen, wie die Renten der DDR-Flüchtlinge und Übersiedler oder eine angemessene Unterstützung für die Angehörigen von politisch Verfolgten, die ebenso immer wieder auf die Tagesordnung der Politik gesetzt werden müssen. Hierfür werde ich auch weiterhin all die Instrumente nutzen, die mir der Bundestag an die Hand gegeben hat, um auf die Belange der Opfer der SED-Diktatur aufmerksam zu machen.

Das Ganze tue ich nicht allein. Sondern – so wie bisher – gemeinsam mit den Opferverbänden.

Ihre Evelyn Zupke

## Mit Flugblättern gegen die SED-Diktatur

Im Jahr 2014 nimmt der Historiker und Schriftsteller Klaus-Rüdiger Mai zum ersten Mal an einem Belter-Dialog-Tag in Leipzig teil. Diese Dialoge finden jährlich im April an der Universität Leipzig statt und haben das Ziel, den studentischen Widerstand gegen die SED in den Fokus zu rücken. Was Mai dort hört, lässt ihn förmlich erstarren. Das Schicksal der Leipziger Studenten ist so unfassbar und grausam – und er hat nie zuvor davon gehört! Fast ein ganzes Jahrzehnt widmet er sich intensiv dem Thema der massenhaften Verhaftungen, Verschleppungen und Ermordungen unzähliger Menschen aus allen Gesellschaftsschichten in der DDR bis 1953. 2023 veröffentlicht er sein Buch „Der kurze Sommer der Freiheit. Wie aus der DDR eine Diktatur wurde“, in dem er akribisch beschreibt, wie die SED schrittweise die Macht ergreift und welche Methoden sie dabei anwendet. Anhand der Schicksale eines losen Netzwerks von Gleichgesinnten um den Leipziger Volkswirtschaftsstudenten Herbert Belter verdeutlicht Mai, wie die SED auf ihrem Weg zur vollständigen Macht buchstäblich über Leichen geht. Nach dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 ist der Prozess der Machtergreifung abge-

schlossen, bis die SED-Macht schließlich von mutigen Leipziger Bürgern mit Kerzen im Herbst 1989 niedergerungen wird.

### Geschichte weitertragen – Die 2. Generation übernimmt

Und so entstand die Idee, eine Buchlesung in Bad Lausick zu organisieren, der Heimatstadt von gleich zwei Mitgliedern der „Belter-Gruppe“. Leider musste Klaus-Rüdiger Mai den Termin krankheits-

bedingt kurzfristig absagen. Zum Glück fanden sich einige Mitglieder des Vereins Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion, die in zweiter Generation das Andenken an ihre Väter und Mütter weitertragen, bereit, den Abend zu gestalten.

Lesen Sie den vollständigen Bericht von Bärbel Beyer auf unserer Homepage [workuta.de](https://www.workuta.de) unter AKTUELLES mit Eintrag vom 31. Oktober 2024: <https://www.workuta.de/aktuelles/index.html>



Mit Flugblättern gegen die SED-Diktatur. (v.l.n.r.): Bärbel Beyer, Rosemarie Becker, Christel Haase, Brigitte Jenkner mit ihrer Tochter Maria und ihrem Schwager Klaus Jenkner. Copyright Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion

## „Fest der Freiheit“ in Prager Botschaft

Am 30. September 2024 wurde im Palais Lobkowitz, welches seit 1974 der Sitz der Deutschen Botschaft in Prag ist, wieder das „Fest der Freiheit“ gefeiert: Genau 35 Jahre nach der legendären Rede vom damaligen Außenminister Hans-Dietrich Genscher vor fast 5.000 Flüchtlingen aus der DDR, denen er vom Botschaftsbalkon aus mitteilte, dass ihre Ausreise in die

Bundesrepublik mit Sonderzügen von Prag über das Gebiet der DDR nach Hof in Bayern möglich geworden sei.

Zum diesjährigen „Fest der Freiheit“, welches alle fünf Jahre im größeren Rahmen im Palais Lobkowitz begangen wird, kamen viele ehemalige Flüchtlinge nach Prag. Zudem waren 1.800 Schüler aus Tschechien und aus Deutschland in der Botschaft zu Gast. Sie zeigten sich sehr beeindruckt

von dem historischen Ereignis, welches im Herbst 1989 ein wichtiger Mosaikstein für die Friedliche Revolution und dem Fall der Mauer war. Zahlreiche der einstigen Flüchtlinge zeigten sich bis heute dankbar für die große Hilfe, die sie damals von den deutschen Diplomaten sowie all den Helfern vom DRK und Technischem Hilfswerk aus der Bundesrepublik bekamen.

Text und Fotos Thomas Purschke



Auch sie waren nach Prag zum „Fest der Freiheit“ 2024 gereist. Wichtige Akteure von 1989. Der Diplomat Hans Weber (links) war in der Deutschen Botschaft in Prag damals der Hauptmanager für die Botschaftsflüchtlinge aus der DDR. Der damalige Kanzleramtsminister Rudolf Seiters (Mitte) begleitete Außenminister Genscher am 30.09.1989 nach Prag. Rechts ist der einstige tschechoslowakische Bürgerrechtler Milan Horáček zu sehen.



Zeitzeugen, wie der einstige Botschaftsflüchtling, André Remischberger, (Bildmitte) berichteten zum 35. Jahrestag den Medien vom damaligen Geschehen.

## Vergessen ist Verrat

Am 05. November 2024 stellte Dr. Karl-Heinz Bomberg sein neuestes Buch „Was Menschen Menschen antun – Retraumatisierung politisch Verfolgter der DDR“ in Neubrandenburg vor. Die Veranstaltung wurde organisiert durch die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS e.V.), gefördert durch den Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, sowie die Ehrenamtsstiftung M-V.

Dr. Bomberg nutzte seinen Aufenthalt in Neubrandenburg, um seinen Auftrittsort von 1988, die Neubrandenburger Johanniskirche, zu besuchen. Im Rahmen der Veranstaltung hielt der stellvertretende Landesvorsitzende der VOS e.V. eine Rede und stellte dabei einen Song zum Stasi-Areal Neubrandenburg vor, der von einem Betroffenen und seinem Sohn produziert wurde. Auch so können transgenerationale Traumata (Unbewusste Weitergabe traumatischer Erfahrungen an nachfolgende Generationen oder Gesellschaften. Nachfahren leiden an Traumafolge-Symptomen, ohne dass sie das

Trauma selbst erlebt haben) verarbeitet werden.

Eingeladene Landes- und Bundespolitiker zeigten trotz Einladung kein Interesse, da sie wichtigere Termine hatten. Auch so kann man Opferverbände wahrnehmen? Die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, Frau Evelyn Zupke, sagte aufgrund eines erhöhten parlamentarischen Procedere persönlich ab und übermittelte den Teilnehmern ihre persönlichen Grüße. Meine Hochachtung gilt Frau Zupke für Ihr Engagement und Herrn Bley (Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur), der an der Veranstaltung teilnahm.

Dr. Bomberg sprach im Rahmen seines Vortrags über seine persönlichen Erfahrungen mit dem Repressionsapparat der DDR-Staatssicherheit, dem verlängerten Arm der SED (Rechtsnachfolger: Die LINKE). Als ehemaliger Oppositioneller der DDR war Dr. Bomberg dem Überwachungs- und Repressionsapparat



Erika Kunz und Dr. Karl-Heinz Bomberg in der Neubrandenburger Johanniskirche. Foto: André Rohloff

des DDR-Unrechtsstaates und seinen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt. Er schilderte, wie das DDR-Regime seine Bürger unterdrückte und unter welchen psychischen und gesellschaftlichen Folgen die Verfolgten bis heute leiden. Vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen dokumentierte er über einen sehr langen Zeitraum das Leben von politischen Geg-

ner des DDR-Regime. Dr. Bomberg führte aus, dass erlittene Traumafolgestörungen wie eine Grunderkrankung anzusehen sind, die durch äußere oder innere Auslöser jederzeit reaktiviert werden können. So lösten beispielsweise aktuelle Kriege und Krisen unterschiedliche klinische Symptome bei den Betroffenen aus – von generalisierten Ängsten über vegetative Übererregbarkeit bis hin zu Ohnmacht und Hilflosigkeit. Das Wissen um diese Zusammenhänge kann Betroffenen helfen, auftretende Beschwerden zu lindern.

Dr. Bomberg vertritt die Auffassung, dass analytische Traumatherapien sowie alternative Methoden der künstlerischen Arbeit

eine produktive Grundlage für die jeweils persönliche Verarbeitung und Bewältigung von Traumata bilden können. Davon zeugen die Protagonistinnen und Protagonisten seines Buches. Mithilfe von Musik vermittelt er beispielsweise, wie sich die Gefangenschaft als Unschuldiger angefühlt hat, z.B. der Kontrast zwischen dem Klavierstück „Papillon“ von Frau Erika Kunz und dem „Zellenblues“. Dieser Kontrast spiegelt einen abrupten Stimmungswechsel von einer sanften, fröhlichen Freiheit zu einer bedrückenden und stressigen Atmosphäre. So fühlte es sich oft an, wenn man auf einmal in Stasi-Haft war und nicht einmal wusste warum. Auch wenn der DDR-Staat seit mehr als drei Jahrzehnten der Vergangen-

heit angehört, so wirken seine Repressionen bei den Betroffenen bis heute nach.

Dr. Bomberg stand für mehr als 1 Stunde für Nachfragen zu Verfügung, und selbst nach der Veranstaltung nutzten Anwesende die Möglichkeit, mit ihm, Frau Kunz und Gino Kuhn ins Gespräch zu kommen. Mein Respekt gilt all den Menschen, die zu Unrecht Repressionen erlitten haben, aber auch jenen, die sich nicht mit dem SED-System blindlings arrangierten und nicht zu Tätern wurden bzw. ehemaligen Tätern, die heute zur Aufarbeitung des SED- Unrechts beitragen.

Text: André Rohloff

## Protestaktion der UOKG vor der ALDI-Zentrale in Essen

Bei sonnigem Herbstwetter protestierten am 15. Oktober 2024 die UOKG-Mitglieder Konstanze Helber, Dieter Dombrowski und Conny Kurtz mit einem Transparent vor der ALDI-Hauptzentrale in Essen, um nochmals mit Nachdruck auf die Problematik von Haftzwangsarbeit in Lieferketten zu DDR-Zeiten aufmerksam zu machen. Dabei wurden nicht nur die anwesenden Pressevertreter mit Updates über die Sachlage, sondern auch einige Dutzend ALDI-Mitarbeiter mit informativen Flugblättern versorgt.

**Bereits im April 2024 wurde die Vorstudie „Zwangsarbeit politischer Häftlinge in Strafvollzugseinrichtungen der DDR“ der Humboldt-Universität zu Berlin vorgestellt.** Der Stacheldraht berichtete in Nr. 4/24, S. 11, UOKG zur Vorstudie „Lieferketten der DDR-Zwangsarbeit“. Ein Kapitel beschäftigt sich mit den Lieferketten für die Feinstrumpfhosen des VEB Esda Thalheim in der ehemaligen DDR, der eine Produktionsstätte im Frauengefängnis Hoheneck betrieb.

Es steht fest: ALDI profitierte während der deutschen Teilung maßgeblich von der Haftzwangsarbeit im Frauengefängnis. Aus politischen Gründen dort inhaftierte Frauen produzierten im Akkord Feinstrumpfhosen, die anschließend in den Westen exportiert und in den ALDI-Supermarktregalen im Billigsegment angeboten wurden.

**Die Vorstudie weist nicht nur auf die menschenunwürdigen Bedingungen hin, sie legt auch eine geschlossene Lieferkette dar.** So konnte anhand des Schriftverkehrs, Lieferscheinen und zeugenschaftlichen Aussagen nachgewiesen

werden, dass ALDI seinerzeit Kenntnis von der Haftarbeit haben musste. Dezierte Nachforschungen, wer unter welchen Bedingungen die Strumpfhosen der Marke „Sayonara“ für ALDI Süd bzw. „Iris“ für ALDI Nord produzierte, betrieb der Konzern offensichtlich nicht. Bis zum Ende der DDR fanden so mehrere Millionen Strumpfhosen „Made In GDR Prisons“ ihren Weg über die ansonsten unüberwindliche innerdeutsche Grenze.

Es muss konstatiert werden, dass ALDI weder an den neuesten Erkenntnissen wissenschaftlicher Forschung interessiert ist, noch auf die politischen Häftlinge und Betroffenen von Haftzwangsarbeit in Hoheneck zugehen will. Das stellt eine eklatante Diskrepanz zum propagierten Firmencredo von Fairness und Nachhaltigkeit dar.

Die UOKG als Opfervertretung sieht sich somit in der Pflicht, den ALDI-Konzern an seinen hehren Zielen zu messen und zu

einem längst überfälligen Herantreten an die Opfer zu bewegen.

Veröffentlicht am 16. Oktober 2024 in Aktuelles, Mitteilungen von Sebastian Sachse <https://www.uokg.de/2024/10/protestaktion-der-uokg-vor-der-aldi-zentrale-in-essen/>

**Verlinkt ist hier nochmals der Abschlussbericht über die „Vorstudie Zwangsarbeit 2024“ der Humboldt-Universität Berlin vom April 2024.**

**Anlage:** pdf Abschlussbericht Vorstudie Zwangsarbeit 2024, Dateigröße: 11 MB Downloads: <https://www.uokg.de/2024/10/protestaktion-der-uokg-vor-der-aldi-zentrale-in-essen/>

**Ostprodukte im Westregal – Geschäfte mit der DDR.** Ca. 6.000 Firmen waren an dem sogenannten innerdeutschen Handel beteiligt: <https://www.youtube.com/watch?v=nw8-2ctIBBI>



Protestaktion der UOKG vor der ALDI-Zentrale in Essen am 15. Oktober 2024. UOKG-Mitglieder Konstanze Helber, Dieter Dombrowski und Conny Kurtz mit einem Transparent vor der ALDI-Hauptzentrale. Fotorechte UOKG, Fotograf Christoph-Lucas Hütter.

# Nachruf auf Lothar König

Trauer um ehemaligen Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König. Der DDR-Oppositionelle und langjährige Jenaer Jugendpfarrer Lothar König ist nach Angaben der Familie am 21. Oktober im Alter von 70 Jahren gestorben. Der 1954 geborene Thüringer setzte sich in seiner Jugend für eine Demokratisierung der DDR ein und engagierte sich unter anderem in der Bürgerbewegung Neues Forum. Von 1990 bis 2019 leitete er die evangelische Junge Gemeinde Jena und trat dort im Rahmen seiner sozialpädagogischen Arbeit entschieden gegen Rechtsradikalismus ein. Lothar König erlebte in seinem Umfeld mehrere körperliche Angriffe und trug schließlich selbst durch einen Schlagring-Angriff schwere Verletzungen davon. Fortan entwickelte er die Junge Gemeinde zu einem Zufluchtsort für Linke und Migranten sowie zu einem klaren Gegner der Thüringer rechtsextremen Szene, aus der später die Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ hervorging. In einer Erklärung seiner Familie heißt es: „Bis zum Ende blieb er Fußballer, Punk und 'Langhaariger', dessen krasser Freiheitsdrang immer seinen Weg bestimmte“. Katharina König-Preuss

## Lothar Königs bleibendes Erbe: Zivilcourage und der Einsatz für die Jugend in Jena

Der evangelische Pfarrer Lothar König ist am 21. Oktober 2024 im Alter von 70 Jahren in Jena verstorben. Als Stadtjugendpfarrer war er eine prägende Figur im Engagement gegen Rechtsextremismus und setzte sich unermüdlich für eine offene Jugendarbeit sowie die Integration von Ausländern ein. Weit über die Grenzen Jenas hinaus war er für seine unkonventionelle Art und seinen klaren moralischen Kompass bekannt. Ein Höhepunkt seines öffentlichen Wirkens war die bundesweite Aufmerksamkeit, die er nach einer Anklage wegen „schweren aufwieglerischen Landfriedensbruchs“ im Zusammenhang mit einer Demonstration gegen Rechtsextremismus in Dresden erlangte. Diese Anklage löste eine Welle der Solidarität aus, die sich in ganz Deutschland verbreitete. Für sein Engagement erhielt König zahlreiche Auszeichnungen, darunter den Thüringer Demokratiepries und den Jenaer Preis für Zivilcourage.

## Ein Leben im Widerstand gegen Unrecht und für Gerechtigkeit

Lothar König wurde am 11. März 1954 in Leimbach im Südharz geboren. Bereits in

seiner Jugendzeit fiel er durch seine staatskritische Haltung in der DDR auf. Seine ersten Auseinandersetzungen mit den Behörden führten schon damals zu Hausdurchsuchungen durch die Staatssicherheit. Aufgrund seiner politischen Aktivitäten erhielt er keine Zulassung zum Abitur und musste den Beruf des Zerspanungsmechanikers erlernen. Trotz dieser Widerstände verfolgte er weiterhin seine Berufung und begann 1975 eine zweijährige Ausbildung zum evangelischen Diakon in Eisenach. Anschließend studierte er Theologie in Erfurt und Jena. Während seines Studiums knüpfte er intensive Kontakte zur oppositionellen Jungen Gemeinde Stadtmitte in Jena, die von der Staatssicherheit überwacht wurde. Diese Erfahrungen prägten sein weiteres Leben und legten den Grundstein für sein lebenslanges Engagement gegen staatliche Repressionen und gesellschaftliche Ungerechtigkeiten. Ab 1986 arbeitete König als Pfarrer in Merseburg, wo er eine Junge Gemeinde aufbaute und Montagsdemonstrationen organisierte. In dieser Zeit schloss er sich dem basisdemokratischen Konzept der „Kirche von unten“ an, das eine Reform der Kirche von den Gemeindebasen aus propagierte. Im September 1989 engagierte er sich in der Bürgerbewegung Neues Forum und wurde Teil der friedlichen Revolution in der DDR.

## Stadtjugendpfarrer in Jena: König gegen Neonazis

1990 übernahm Lothar König das Amt des Stadtjugendpfarrers der Jungen Gemeinde Jena (JG). Die damalige gesellschaftliche Lage war geprägt von den tiefen Umbrüchen nach der Wiedervereinigung, insbesondere in den neuen Bundesländern, wo der Zusammenbruch der DDR einen Nährboden für das Erstarken rechter Bewegungen bot. In Jenas Plattenbausiedlung Lobeda bildete sich eine zunehmend aggressive Neonazi-Szene heraus. König begegnete dieser zunächst mit einem integrativen Ansatz: Er wollte die Jugendlichen, die in die rechtsextreme Szene abdrifteten, erreichen und in die Gemeinschaft zurückholen. Doch nach wiederholten Gewaltübergriffen, bei denen sowohl seine Tochter als auch er selbst von Neonazis attackiert wurden, änderte König seine Strategie. Eine tiefe Narbe an seiner Stirn, die ihm ein Neonazi mit einem Schlagring zugefügt hatte, war das sichtbare Zeichen dieses Wandels. Von da an wurde er zu einem leidenschaftlichen Kämpfer gegen die rechtsextreme Szene.

In zahllosen Aktionen, Demonstrationen und Projekten machte er auf die Gefahr aufmerksam, die von der rechten Gewalt ausging, und setzte sich dafür ein, Jugendliche zu einem friedlichen, respektvollen Umgang miteinander zu erziehen. Seine Arbeit ging jedoch weit über die Grenzen Jenas hinaus. Lothar König organisierte Konzerte, Workshops und Diskussionsrunden, bei denen er Menschen unterschiedlicher Meinungen zusammenbrachte, um Brücken zu bauen und den Dialog zu fördern. Sein Engagement für Gewaltfreiheit und Menschenwürde prägte sein gesamtes Wirken. König stand für klare Werte, die er konsequent vertrat, auch wenn dies nicht immer leicht war.

## Der „Aufrührer mit Sinn und Verstand“

Lothar Königs größter öffentlicher Konflikt entstand nach einer Demonstration gegen Rechtsextremismus in Dresden im Jahr 2011. Im Zuge der Proteste zum Jahrestag der Luftangriffe auf Dresden wurde er wegen „schweren Landfriedensbruchs“ angeklagt. Ihm wurde vorgeworfen, zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen zu haben. Die Anklage gegen ihn wurde von vielen als Versuch gesehen, die antifaschistische Bewegung zu kriminalisieren. Das Verfahren zog sich über mehrere Jahre hin und führte zu einer breiten Solidaritätsbewegung, die sich hinter König stellte. Am Ende stellte sich heraus, dass entlastendes Videomaterial existierte, das die Polizei belastete. Die Anklage wurde 2014 fallengelassen. In dieser Zeit wuchs Königs Bekanntheit über Thüringen hinaus. Er selbst bezeichnete sich später als „Aufrührer mit Sinn und Verstand gegen Unrecht in diesem Land“. Diese Selbstbeschreibung fasst sein Lebenswerk treffend zusammen: König war nicht nur ein Kritiker des Rechtsextremismus, sondern auch ein Mahner, der vor staatlichem Unrecht warnte und für soziale Gerechtigkeit kämpfte. Seine Stärke lag darin, Jugendliche für diese Themen zu sensibilisieren und ihnen eine Stimme zu geben.

## Lothar König: Ein Leben für die Jugend und den Frieden

Im Jahr 2019, nach 30 Jahren unermüdlichen Einsatzes, ging Lothar König im Alter von 65 Jahren in den Ruhestand. Doch auch im Ruhestand blieb er aktiv und nahm weiterhin an Demonstrationen teil, unterstützte Jugendprojekte und setzte sich für den Dialog ein. Er blieb bis zuletzt eine charismatische und polarisierende Persönlichkeit, die klare Kante gegen Ras-

sismus, Gewalt und Ausgrenzung zeigte. Sein Lebenswerk bleibt vor allem in Jena tief verankert. Der „König hört auf“ genannte Film seines Sohnes Tilman König gibt einen bewegenden Einblick in das Leben eines Mannes, der nie aufgehört hat, gegen Ungerechtigkeiten zu kämpfen. Doch Lothar König hinterlässt auch ein Erbe, das weit über die Stadtgrenzen hinaus strahlt: Er war ein Vorbild für Zivilcourage, Einsatz für das Gute und den festen Glauben an die Kraft der Jugend.

**Lothar König wird in den Herzen vieler Menschen weiterleben – als jemand, der immer bereit war, für das Richtige einzustehen und sich gegen Ungerechtigkeiten zur Wehr zu setzen.** Sein Tod hinterlässt eine Lücke, doch sein Wirken wird noch lange nachklingen.

Der Trauergottesdienst am 31. Oktober 2024 in der Stadtkirche St. Michael in Jena wird ein letzter öffentlicher Abschied von einem Mann sein, dessen Leben stets im Dienst des Friedens und der Menschlichkeit stand. Im Jahr 2022 porträtierte sein Sohn, der Filmemacher Tilman König, ihn in dem Film „König hört auf“, der einen Einblick in sein Leben und seine Arbeit gab. Der Trauergottesdienst zu Ehren von Lothar König wird am Reformationstag, dem 31. Oktober 2024, um 14 Uhr in der Stadtkirche St. Michael in Jena stattfinden.

**König hört auf | Ab 17. November im Kino | Offizieller Trailer Deutsch HD | Lothar König | DOK**

Weltkino Filmverleih:  
<https://www.youtube.com/watch?v=ayW0aAyScwY&t=118s>

### Literaturempfehlung

**Internet:** Pietzsch, Henning: Opposition und Widerstand. Geschichte der kirchlichen Jugendarbeit „Offene Arbeit“ in Jena 1970-1089. <https://depositonice.tu-berlin.de/items/d7d77dba-621d-409b-8a62-81cfb67d04fd>

**Buch:** Jugend zwischen Kirche und Staat. Geschichte der kirchlichen Jugendarbeit in Jena 1970-1989 (Europäische Diktaturen und ihre Überwindung. Schriften der Stiftung Ettersberg, Band 5) Böhlau Verlag Köln 2005, ISBN-13: 978-3412172046.

Erstveröffentlichung 24.10.2024 auf <https://coolis.de/2024/10/24/lothar-koenigs-bleibendes-erbe-zivilcourage-und-der-einsatz-fuer-die-jugend-in-jena/>

Autor/Redakteur:  
Arne Petrich, <https://coolis.de/>

## Nachruf auf Thomas Ammer

**„Er war in vielerlei Hinsicht ein großes Vorbild. Freiheit und Demokratie in Deutschland haben in Thomas Ammer eine leuchtende Biographie.**

Es liegt an uns, das Vermächtnis von Thomas Ammer zu bewahren und an die Nachgeborenen weiterzugeben. Baut ihm Denkmäler, benennt Straßen und Plätze nach ihm, stiftet Demokratie-, Freiheits-, Aufarbeitungspreise mit seinem Namen, in seinem Sinne, dreht Spielfilme über ihn und sein Wirken – aber vor allem nehmt ihn als biographisches Beispiel im Schulunterricht und in der politischen Bildung: Besser geht es in dieser Welt nicht mehr.“

In tiefer Trauer und voller Hochachtung, Respekt und Stolz, ihn gekannt zu haben und voller Mitgefühl mit seiner Frau Vera: Ilko-Sascha Kowalczuk am Morgen des 15. Oktober 2024

### Kämpfer gegen den Unrechtsstaat

Der am 11. Oktober 2024 in Euskirchen/Rheinland-Pfalz verstorbene Thomas Ammer war ein mutiger Mann! Obwohl wir nur flüchtig miteinander bekannt waren, bewunderte ich seinen Mut, dass er schon als 16jähriger Oberschüler im ostthüringischen Eisenberg in Opposition stand zum SED-Staat und seinen Anforderungen. Und diese Position nahm er ein, obwohl sein 1946 verstorbener Vater im Jahr zuvor KPD-Mitglied geworden war. Auslöser war 1953 der Schulverweis mehrerer Mitschüler, die Mitglieder der „Jungen Gemeinde“ waren. Nach dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 beschlossen

Thomas Ammer (1937-2024) und seine Freunde nach dem Vorbild der „Weißen Rose“ in München 1942/43 eine Widerstandsgruppe zu bilden, die später von der ermittelnden Staatssicherheit „Eisenberger Kreis“ genannt wurde. Man wollte in dieser Gruppe durch Flugblätter auf Fälle politischer Justiz aufmerksam machen.

Nach bestandener Abitur nahm Thomas Ammer an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena ein Medizinstudium auf und war, trotz innerer Opposition, FDJ-Sekretär seines Studienjahrgangs. Ein 1957 in den Widerstandskreis eingeschleuster Agent des Ministeriums für Staatssicherheit ließ die Gruppe 1958 aufliegen. Thomas Ammer wurde am 13. Februar 1958 verhaftet, bis August 1958 wurden fast 40 weitere Jugendliche festgenommen, nur fünf, die gewarnt worden waren, konnten nach Westberlin fliehen. Mit 15 Jahren bekam Thomas Ammer als intellektueller Kopf des Kreises am 27. September 1958 vom Bezirksgericht Gera die längste Strafe zudiktiert. Zunächst saß er im Zuchthaus Waldheim, später im Zuchthaus Brandenburg, bis er am 14. August 1964 von der Bundesregierung in Bonn freigekauft wurde.


Er studierte dann in Tübingen, Bonn und Erlangen Politologie, Jura und Geschichte und arbeitete als Historiker am Erlanger „Institut für Gesellschaft und Wissenschaft“, das von Prof. Dr. Hans Lades (1908-1987) gegründet worden war. Er wurde 1975 wissenschaftlicher

Mitarbeiter des „Gesamtdeutschen Instituts“ in Bonn und wechselte 1991 zur „Bundeszentrale für politische Bildung“. Von 1992 bis 1998 war er Mitarbeiter der „Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Das Bundesverdienstkreuz am Bande wurde ihm am 03. Mai 1999 verliehen. Sein ganzes beruflichen Leben war, wie die Liste seiner Veröffentlichungen zeigt, der Erforschung des Widerstands gegen den SED-Staat gewidmet. Zu nennen wäre hier sein bereits 1965 verfasster „Rückblick auf den Eisenberger Kreis“, der dann 2007 im „Jahrbuch für historische Kommunismusforschung“ erschienen ist.



Thomas Ammer in Berlin vor dem Brandenburger Tor während der Teilnahme an einer Veranstaltung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin 2011. Foto: Gerold Hildebrand

Jörg Bernhard Bilke, Coburg, 26. Oktober 2024

**Buchempfehlung:** Patrik von zur Mühlen: Der „Eisenberger Kreis“: Jugendwiderstand und Verfolgung in der DDR 1953-1958 (Politik- und Gesellschaftsgeschichte). Dietz-Verlag 1995, ISBN-13: 978-38012406151995. 

# Nachruf auf Reinhard Dobrinski

Reinhard Dobrinski ist am 10.08.2024 verstorben. Mit großer Trauer haben wir vom Tod unseres Mitstreiters Reinhard Dobrinski erfahren. Mit Reinhard Dobrinski verlieren einen unbeirrbar Kämpfer gegen das Unrecht der SED-Diktatur. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG, Landrat a. D., Vorsitzender des Menschenrechtszentrum Cottbus e. V.

## Wo alle im Glashaus sitzen, wirft keiner den ersten Stein – ein politischer Nachruf

Reinhard Dobrinski war ein ruhiger Mensch. Die Ruhe betraf aber nur seine Wortwahl und sein Auftreten. Seine Themen waren bewegend und sie bewegten die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur.

Als Gründungsmitglied und Vorstandsvorsitzender des 1992 gegründeten FORUMS für Aufklärung und Erneuerung e.V. stellte Dobrinski Themen zur Diskussion, die sich die heutige routinierte DDR-Aufarbeitungs-Industrie längst abgewöhnt hat. Dies begann bereits im Herbst 1989, als Reinhard Dobrinski für die Sozialdemokratische Partei als Sprecher des Runden Tisches von Berlin-Mitte fungierte. Es ist nicht bekannt, dass sich seine Partei seiner Verdienste bei der Aufklärung von Regierungsverbrechen noch erinnert.

Es ging Dobrinski um nichts weniger als eine Weise von Aufklärung der kommu-

nistischen Ära, die eine Wiederkehr dieses verbrecherischen Systems verhinderte. Er fand klare Worte über die Diktatur, wenn er die wirtschaftspolitische Verfolgung nebst ihren juristischen Grundlagen in der DDR als „Raubzug gegen das eigene Volk“ klassifizierte. Ihm ging es um die Wirtschaftsstrukturen, die das System stabilisierten und den Einzelnen zum „Mitverdienen“ einluden. Es ging ihm um das „Beteiligungssystem“ der Diktatur, das jedem „Kooperationswilligen“ eine dünnere oder dickere Scheibe von der gesamtgesellschaftlichen Wurst zusagte. Das FORUM untersuchte systematisch die bis heute andauernde Schiefelage in der Behandlung von Opfern und Tätern der SED-Diktatur. Als einer der Wenigen verfolgte Dobrinski über Jahrzehnte hinweg „die wundersamen Wege von Geld und Gold“ aus dem sogenannten Parteivermögen von SED und PDS während der Währungsreform. Allein seine Hinweise, dass die ehemaligen Blockparteien in der Volkskammer und später im Bundestag an der Aufdeckung des Systems auch ihrer Privilegien wenig Interesse zeigten, dürfte die Zahl seiner politischen Freunde kaum vergrößert haben. Erinnert sei an den Skandal vom April 1990, als die taz von einem Beschluss der Modrow-Regierung berichtete, „verdienten“ Nomenklaturkadern und neuen Prominenten Dienstvillen zu Spottpreisen anzubieten. Die mageren Ergebnisse der schließlich nach Jahrzehnten zurückgeklagten „PMO-Gelder“ gaben ihm Recht. Und wie durch einen dummen Zufall wurden selbst diese Gelder an den SED-Opfern vorbei in vorwiegend kommunale Projekte gesteckt, die sowieso hätte der Staat bezahlen müssen. Dass die Vermögen der DDR-Parteien und Massenorganisationen (daher der Begriff „PMO“) zu einem großen Teil durch die Zwangsarbeit politischer Häftlinge aufgebracht wurde, interessierte weder die alten noch die neuen Parteimitglieder. Im Gegenteil, die Streichung der ABM-Stellen für 67 Aufarbeitungsgruppen, die Dobrinski im Jahr 1996 der Berliner Zeitung mitteilte, diente ja wohl doch dazu, die bis dahin eigenständigen Aufarbeitungsgruppen zu domestizieren und an einen staatlichen Geldgeber zu binden. Und das hat ja auch geklappt.

Gemeinsam mit seinen politischen Weggefährten aus dem linken politischen Spektrum, dem Europa-Abgeordneten Wolfgang Ullmann, dem Präsidenten des Deutschen Bundestages Wolfgang Thier-

se und dem Publizisten Friedrich Schorlemmer richtete Dobrinski im September 1999 eine Internationale Arbeitskonferenz zum Thema Staatskriminalität in den kommunistischen Ländern des Ostblocks aus. Die Redebeiträge hielten namhafte Wissenschaftler und Politiker aus Polen, Tschechien, Ungarn, Russland, Bulgarien, Rumänien und Ländern des ehemaligen Jugoslawiens. Amnesty international berichtete über das Projekt eines Internationalen Strafgerichtshofes, an dessen Einrichtung das FORUM für Erneuerung und Aufklärung sich vor allem in Person von Wolfgang Ullmann beteiligte.

Als Konsequenz aus den politischen Verbrechen des 20. Jahrhunderts hatte Dobrinski bereits 1993 gemeinsam mit den Abgeordneten Werner Schulz, Vera Wollenberger und Gerd Poppe im Deutschen Bundestag die Einrichtung eines Internationalen Strafgerichts- und Menschenrechtsgerichtshofes gefordert. Das FORUM für Erneuerung und Aufklärung diente also über viele Jahre als Multiplikator dieser Ideen, die heute Wirklichkeit sind. Leider betrafen sie nicht mehr die kriminellen Machenschaften der kommunistischen Systeme.

Es ist dem verwaisten Verein zu wünschen, dass seine archivarischen Hinterlassenschaften kompetent aufgearbeitet werden. Die UOKG wird sich darum kümmern. Dazu gehören verschiedene juristische Vorgänge und Untersuchungsprojekte – oftmals gemeinsam mit dem Europaabgeordneten Wolfgang Ullmann – betreffend das Finanzgebaren der Modrow-Regierung, die Frage nach dem Verbleib von Schmuck- und Wertgegenständen aus dem MfS/KoKo-Nachlass, der Einsatz für die verfolgten Schüler und die Straßenbenennungen nach Giesela Gneist (Sachsenhausen) und Peter Fechter (Berlin-Mitte). Allein der Briefwechsel mit Ullmann umfasst zwei Bände.

Wird der Nachlass des FORUMS für Aufklärung und Erneuerung archiviert, bleibt ein Zeugnis der Verdunkelung und des Aussitzens. Dort wo sich die Verantwortlichen selbst bereichern, heißt es zu Recht: „Wo alle im Glashaus sitzen, wirft keiner den ersten Stein.“

Dr. Christian Sachse, Wissenschaftlicher Berater, Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V.



Reinhard Dobrinski (\*15. März 1943, † 10. August 2024). Hier beim Verbändetreffen der UOKG im Juni 2022.

## Nachruf auf Dr. Günter Kröber

Unser Kamerad in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, einst sächsischer Landesvorsitzender des Bundes der stalinistisch Verfolgten, Rechtsanwalt Dr. Günter Kröber, starb am 26.09.2024. Im Alter von 96 Jahren ist er friedlich eingeschlafen. Die Trauerfeier fand am Montag, den 04. November 2024 um 11.00 Uhr in der Kirche in Leipzig-Zuckelhausen (Zuckelhausener Ring 11a) statt. Die Beisetzung erfolgte im Anschluss auf dem Friedhof Zuckelhausen, Liebertwolkwitzer Straße 41/43.

In Trauer Rainer Müller, VOS-Landesgruppe Sachsen

### Rechtsbeistand und Mithäftling

Im Oktober 1961, vier Wochen nach meiner Verhaftung durch die Staatssicherheit, erhielt ich einen Brief des Leipziger Rechtsanwalts Dr. Günter Kröber, dass er im Auftrag meiner Eltern in Hanau meine Vertretung vor dem Bezirksgericht übernehme. Er würde sich wieder melden, wenn die Untersuchungen abgeschlossen seien. Als ich im Dezember 1961 meinen Rechtsanwalt sprechen durfte, erwartete mich ein Heinz Kroke, von dem ich noch nie gehört hatte. Wo denn Günter Kröber wäre, wollte ich wissen und erfuhr erst nach hartnäckigem Nachfragen: der säße auch hier! Als ich verurteilt war und am 02. April 1962 mit zwei weiteren Gefangenen in das Sammelgefängnis Alfred-Kästner-Straße überführt wurde, wurden unsere Namen aufgerufen:

neben mir stand Günter Kröber! Als die „Volkspolizei“ beobachtete, dass wir uns intensiv unterhielten, trennte sie uns. Einmal beim Hofgang winkte er mir noch zu, dann hörte ich bis 1990 nichts mehr von ihm! Da schickte mir meine Leipziger Tante einen Artikel über ihn und seine Leidensgeschichte, sofort fuhr ich nach Leipzig und besuchte ihn. Seitdem haben wir uns nicht mehr aus den Augen verloren. Am 26. September ist er in Leipzig-Holzhausen im Alter von 96 Jahren gestorben!

Günter Kröber wurde am 12. Januar 1928 in Leipzig geboren, bestand 1946 das Abitur und studierte 1946/50 Jura an der Universität Leipzig, wo er zwei Jahre dem Studentenrat unter Wolfgang Natonek (1919–1994) angehörte. Beide Studenten waren Mitglieder der „Liberal-Demokratischen Partei“, die an der Leipziger Universität über 600 Mitglieder hatte. Wolfgang Natonek wurde 1948 vom Sowjetischen Geheimdienst NKWD verhaftet und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Günter Kröber arbeitete seit 1953 als zugelassener Rechtsanwalt in Leipzig. Im Oktober 1961 wurde er als DDR-Tourist in Jugoslawien verhaftet und 1962 wegen „Republikflucht“ zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Wie man in seinem Buch „Lebenslang dem Recht verpflichtet“ (2021) nachlesen kann, kam er zum Strafvollzug nach Naumburg und wurde im Tagebau Profen im Gleisbaukommando eingesetzt.

Aber noch im Sommer 1962 wurde er an einem Sonntag entlassen und ohne einen Pfennig Geld in der Tasche auf die Straße gesetzt. Mit einem Naumburger Taxi ließ er sich dann zu seinen Eltern nach Leipzig fahren.

Nach der Haftentlassung wurde Günter Kröber 1963 Absatzleiter im Montagewerk Leipzig. Seinen Beruf als Rechtsanwalt auszuüben, war ihm durch DDR-Justizministerin Hilde Benjamin (1902-1989) untersagt worden. Von 1966 bis 1990 arbeitete er als Justitiar in der „Vereinigung Volkseigener Warenhäuser Centrum“ in Leipzig.

Sein eigentliches Berufsleben als Rechtsanwalt in einem demokratischen Staat begann nach dem Mauerfall 1989. Er wurde 1990 vom Bezirksgericht Leipzig strafrechtlich rehabilitiert, er wurde 1995 Vorstandsmitglied der Rechtsanwaltskammer Sachsen, 2002 deren Präsident und 2008 deren Ehrenpräsident. Im Revolutionsjahr 1989 war er Mitbegründer der Ost-FDP, im Oktober 1990 wurde er in den Sächsischen Landtag gewählt, dem er bis 1994 angehörte, von 1990 bis 1993 war er FDP-Fraktionsvorsitzender im Sächsischen Landtag in Dresden. Für sein politisches Wirken nach 1989 hat er zahlreiche Auszeichnungen erhalten wie das Große Bundesverdienstkreuz und den Thomas-Dehler-Preis. Am 26. April 2018 wurde ihm durch die Juristische Fakultät der Universität Leipzig die Ehrendoktorwürde verliehen.

Dr. Jörg Bernhard Bilke

## Erste deutschlandweite Umfrage unter SED-Opfern

Schlussfolgerungen für die Novellierung des Rehabilitierungsrechts 2024: Die erste deutschlandweite Repräsentativumfrage unter SED-Opfern gibt Auskunft, wie zufrieden, bzw. unzufrieden sie mit Rehabilitierungs- und Entschädigungsregelungen sind. Prof. Johannes Weberling referierte Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt an der Europa-Universität Viadrina und zieht Schlussfolgerungen für die 2024 laufende Novellierungsdebatte im Deutschen Bundestag.

**Forschungsprojekt regt Verwaltungsvorschriften für SED-Opferentschädigung an:** Anlässlich der Anhörung zu den Rehabilitierungs- und Entschädigungsgesetzen für SED-Opfer im Rechtsausschuss des Deutschen Bundes-

tages: **Fehlende einheitliche Verfahrensregelungen sind eines der Hauptprobleme bei der Rehabilitierung und Entschädigung von SED-Opfern.** Dies ist ein wesentliches Ergebnis des Forschungsprojektes „Rechtsfolgen des SED-Unrechtes im vereinigten Deutschland“ an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Die bisherige Praxis, dass jedes Bundesland und jede Verwaltung die Gesetze unterschiedlich auslegt und umsetzt, ist mangelhaft. Die bisherigen Abstimmungen zwischen Bund und Ländern, die in nicht öffentlichen Protokollen festgehalten werden, sind intransparent, zuweilen fehlerhaft und rechtsstaatlich bedenklich. Wir appellieren an den Deutschen Bundestag im Rahmen der derzeitigen Novellierung der Rehabilitierungs-

gesetze, Bund und Länder anzuhalten, in Folge Verfahrensregelungen zu erlassen:

### Einheitliche Verfahrensregelungen hätten den Vorteil

- die Verfahren zu beschleunigen
- allen Beteiligten Handlungssicherheit zu geben
- die Einheitlichkeit der Entscheidungen zu sichern
- Transparenz zu schaffen
- den Betroffenen realistische Perspektiven aufzuzeigen
- sie können zügig an neue Erkenntnisse angepasst werden

RA Prof. Dr. Johannes Weberling, Leiter des Teilprojekt „Rechtsfolgen des SED-



Unrechtes im vereinigten Deutschland“ an der Europa-Universität Viadrina (Weberling, Johannes <Weberling@europa-uni.de>)

Dr. Christian Booß, Koordinator des Teilprojekt „Rechtsfolgen des SED-Unrechtes im vereinigten Deutschland“ an der Europa-Universität Viadrina (Christian Booß <c.booss@web.de>)


Das Projekt „Rechtsfolgen des SED-Unrechtes im vereinigten Deutschland“ an der juristischen Fakultät der Europa-Uni-

versität Viadrina Frankfurt (Oder) lief von 2019-2023 im Rahmen des Forschungsverbunds Landschaften der Verfolgung. Rückfragen. Dr. Christian Booß 0171-5311140

Mitschnitt aus dem LdV-Werkstattgespräch vom 31.10.2024 im Rahmen des H-und-G.info Schwerpunktes zur Rehabilitation und Entschädigung 3/2024: <http://h-und-g.info/>

**Videolink:** <https://youtu.be/-o70WF1Qlbs>  
**Produktion:** Aufarbeitungsverein Bür-

gerkomitee 15. Januar e.V./H-und-G.info/Berlin

**Spendenaufwurf des Aufarbeitungsvereins Bürgerkomitee 15. Januar e.V.:** Aufarbeitungsvereine leben nicht nur vom Ehrenamt und Fördergeldern. Manches muss auch durch Spendengelder finanziert werden. Von daher wollten wir Sie bitten, wenn Sie die Dienstleistung unseres Vereins schätzen, in mit einer Spende zu bedenken. Wir sind gemeinnützig und damit berechtigt, für Sie eine Spendenbescheinigung zur Steuerminderung zu erstellen.  
Bueko\_1501\_berlin@web.de 

## Hinweise und Korrekturen

**Ergänzung zum Beitrag „79. Jahrestag „Speziallager“ SACHSENHAUSEN in Stacheldraht 8/24, S. 15:** Der deutsche Schauspieler Heinrich George (\*9. Oktober 1893, †25. September 1946) und Vater von Götz George kam im Sommer 1946 durch Denunziation (Falschaussagen Dritter zu seiner Rolle in der NS-Zeit) in das Speziallager Sachsenhausen (Wikipedia), das inzwischen als ein sowjetisches Speziallager fungierte. „Am 25. September starb Heinrich George, körperlich ausgezehrt und entkräftet, an den Folgen einer Blinddarmoperation. 1998 rehabilitierte ihn die russische Generalstaatsanwaltschaft.“

**Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen:** <https://www.stiftung-hsh.de/mediathek/biogramme/heinrich-george>. Danke für diesen Hinweis aus dem Kreis der Familie George. Sie zeigt sich enttäuscht, dass das Gedenken an die Internierung und den Tod von Hans George im ehemaligen Speziallager Sachsenhausen in der heutigen Gedenkstätte Sachsenhausen „ausgelöscht“ worden sei. **Literaturhinweis:** Norman Warnemünde: Heinrich George in der deutschen Erinnerungskultur. Eine Analyse des intermedialen Erinnerungsdiskurses über die politische Biographie des Schauspielers, 2014. **Internet:** [https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/31264/Masterarbeit\\_NWarnemuende.pdf?sequence=4&isAllowed=y](https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/31264/Masterarbeit_NWarnemuende.pdf?sequence=4&isAllowed=y)

**Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für Korrekturen und Hinweise. Dank an alle Leser auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften!** Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht und gewürdigt werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. **Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.**

**Digitaler „stacheldraht“:** Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2023 als PDF-Dokument Online im Archiv abgerufen werden unter: <https://www.uokg.de/der-stacheldraht/>

**Abonnenten** können die jeweils aktuelle Ausgabe als **PDF-Dokument** zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung an **Redaktionsadresse E-Mail an: [der-stacheldraht@uokg.de](mailto:der-stacheldraht@uokg.de)**

IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC: DEUTDE33HAN

Verwendungszweck „ABO Stacheldraht“ oder „Stacheldraht-Spende“

**Verkaufspreis: 1 Euro/Ausgabe, 9 Euro/Jahr**

**Der Wochenrückblick** ist ein E-Mail-Pressespiegel, der Institutionen und Interessierte rund um das Thema DDR-Aufarbeitung informiert. Im Fokus stehen dabei die Opfer der SED-Diktatur. Er ist kostenlos und erscheint insgesamt in 50. Kalenderwochen im Jahr (Abweichungen möglich). Sie wollen den Wochenrückblick direkt auf Ihre Emailadresse erhalten? Sehr gerne nehmen wir Sie in unseren Verteiler auf. Dafür schicken Sie uns einfach eine **E-Mail an [wochenrueckblick@uokg.de](mailto:wochenrueckblick@uokg.de)**. Der Wochenrückblick wird herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG), Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. 030 557793-51, Fax: -40. Das UOKG-Team wünscht Ihnen eine informative Lektüre. **Internet:** <https://www.uokg.de/wochenrueckblick/>

**UOKG im Internet:** <https://www.uokg.de/>

**UOKG Newsletter:** <https://www.uokg.de/thema/aktuelles/mitteilungen/>

**Instagram:** [www.instagram.com/uokgnews](https://www.instagram.com/uokgnews)

**YouTube:** [www.youtube.com/@uokgnews](https://www.youtube.com/@uokgnews)

**facebook:** [www.facebook.com/uokgnews](https://www.facebook.com/uokgnews)

**X:** [www.x.com/uokgnews](https://www.x.com/uokgnews)

**Wikipedia:** [https://de.wikipedia.org/wiki/Union\\_der\\_Opferverb%C3%A4nde\\_Kommunistischer\\_Gewaltherrschaft](https://de.wikipedia.org/wiki/Union_der_Opferverb%C3%A4nde_Kommunistischer_Gewaltherrschaft)

**Redaktionsschluss Impressum letzte Seite.**

Beachten Sie zur gedanklichen Anregung auch unser jeweiliges Zitat auf der letzten Seite. **Hinweis:** ZITATFORSCHUNG FALSCHZITATE mit Belegen und Kommentaren. Hunderte falsche Zitate, Memes, Kuckuckszitate, Zitaträtsel, apokryphe, problematische und entstellte Zitate, misquotations, misattributed and fake quotes. (Die Sammlung wird laufend ergänzt.) Von GERALD KRIEGHOFER. <https://falschzitate.blogspot.com/>


## Die Unbeugsamen 2 – Guten Morgen, ihr Schönen!

15 selbstbewusste Frauen erzählen, wie in der DDR trotz staatlich verordneten Gleichberechtigung das Patriarchat regierte und schaffen damit ein kraftvolles Kaleidoskop der Geschlechterbeziehungen im Arbeiter- und Bauernstaat. Der Film bietet den Lebensleistungen ostdeutscher Frauen und ihrem Kampf um Chancengleichheit eine Bühne. Mit seinem Filmhit DIE UNBEUGSAMEN setzte Torsten Körner Politikerinnen der Bonner Republik und ihrem Kampf um politische

Teilhabe ein filmisches Denkmal. Mit der Fortsetzung DIE UNBEUGSAMEN 2 – GUTEN MORGEN, IHR SCHÖNEN! richtet der Regisseur seinen Blick auf die andere Seite des Eisernen Vorhangs und zeichnet ein fesselndes Gruppenporträt ostdeutscher Frauen. Im Anschluss an den Film reden wir mit Torsten Körner über seinen doppelten Blick auf die Frauen in Deutschland.

**Linktipps: „Die Unbeugsamen 2“:**

### Wie gleichberechtigt waren Frauen in der DDR? NDR, 31.08.24

- <https://www.politische-bildung-brandenburg.de/veranstaltungen/die-unbeugsamen-2-guten-morgen-ihr-schoenen-0>
- <https://www.ndr.de/kultur/film/Die-Unbeugsamen-2-Wie-gleichberechtigt-waren-Frauen-in-der-DDR,koerner162.html>
- [www.dieunbeugsamen-film.de](http://www.dieunbeugsamen-film.de) 

## FROHE WEIHNACHTEN?

Wenn die Stille in den christlichen Ländern zum Weihnachtsfest beginnt, dann werden auch in diesem Jahr viele Tränen vergossen werden, weil Familien nicht zusammen sein können. Aber es wird auch Verzweiflung geben, die öffentlich nicht zu sehen ist, weil sie in Gefängniszellen weltweit zu Hause ist.

Nur wenige Schicksale sind bekannt, viele Unbekannte können nicht einmal mehr trauern, weil sie, auch in diesem Jahr, von Staaten wie der Islamischen Republik Iran getötet wurden. Allein an einem Tag im August 2024 ermordete diese Diktatur 29 Menschen. Dabei sind die Zahlen der Hinrichtungen aus der Volksrepublik China oder Nordkorea nicht einmal genau bekannt. Stellvertretend für alle Menschen, die als politisch Verfolgte auch dieses Jahr zu Weihnachten inhaftiert sind, sollen hier nur wenige Namen genannt werden.

Seit über drei Jahren ist Herr LUIS FRÓMETA COMPTE aus Dresden auf der Insel Kuba politisch inhaftiert, die Castro-Canel-Diktatur verweigert seine konsularische Betreuung durch die deutsche Botschaft, weil er neben der deutschen Staatsangehörigkeit auch noch einen kubanischen Pass hat. Bundeskanzler Scholz und Außenministerin Baerbock sind seit Jahren inaktiv und lassen ihn und seine Familie im Stich. Gilt für diese Familie nicht die Schutzpflicht des Staates, von der beide Politiker so gern reden? Müssen seine Töchter und Enkel auch dieses Jahr zu Weihnachten um ihn weinen und Angst um sein Leben haben, weil durch den Regierungswechsel sein Freilassung erneut „nicht auf der Tagesordnung steht“? Hier liegt ein Totalversagen der Bundesregierung vor, welches sofort

korrigiert werden muss, damit es nicht so eine entsetzliche Situation wie im Fall von Herrn JAMSHID SHARMAD gibt, der nach Entführung und vierjähriger Haft im Iran hingerichtet wurde bzw. nach Folter im Gefängnis starb. Seine Tochter klagt die Bundesregierung an, nicht genug für ihren Vater getan zu haben.

Ähnlich versagte die Bundesregierung der Koalition von CDU/CSU-SPD, Merkel und Scholz, im Fall von Herrn TRINH XUAN THAN, der vom Geheimdienst der sozialistischen Republik Vietnam 2017 auf offener Straße in Berlin entführt und nach Hanoi verschleppt wurde. Trotzdem blieb es bei einem müden Protest und dieser Mann ist inzwischen seit sieben Jahren in Haft. Die Zahl politischer Häftlinge in Russland soll weit über 1.300 betragen. Eine davon ist die 19jährige Frau DARIA KOSYREWA, der man ihre künstlerische Tätigkeit als „Diskreditierung der Streitkräfte Russlands“ zu Last legte. Sie hatte Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine kritisiert. In Saudi Arabien ist seit diesem Jahr die Frauenrechtlerin MANAHEL AL-OTAIBI inhaftiert. In dieser islamischen Diktatur gibt es noch immer Strafen der SCHARIA, die nach Auffassung der SPD-Politikerin SAWSAN CHEBLI in der „FAZ“ auch mit dem Grundgesetz „KOMPATIBEL“ sei.

Es steht schlimm um Freiheit und Menschenrechte zum Weihnachtsfest 2024. Aber es muss nicht so bleiben, denn – wenn alle Menschen sich gegen Diktatur auflehnen und sich mit Zivilcourage gegen alle totalitären Tendenzen wehren – dann wird es irgendwann FROHE WEIHNACHTEN weltweit geben.

Alexander W. Bauersfeld



### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 6. Etage  
10365 Berlin Lichtenberg  
U5 und Bus 240 Magdalenenstraße

#### KONTAKT + ÖFFNUNGSZEITEN

Tel 030 55 77 93 51  
Fax 030 55 77 93 40  
E-Mail [info@uokg.de](mailto:info@uokg.de)  
Internet: <https://www.uokg.de/verein/beratungsstellen/>  
Montag bis Mittwoch 10.00–16.00 Uhr  
Donnerstag und Freitag 10.00–14.00 Uhr

#### Juristische Beratung

Martina Kegel, Juristin  
Di, Mi, Fr, 10.00–12.00 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: [kegel@uokg.de](mailto:kegel@uokg.de)

#### Zwangsadoption und Heimkinder

Cornelia Kurtz  
(DDR-Zwangsadoption und ehemalige Heimkinder)  
Telefonische Sprechzeiten: Mo, Di, 10.00–15.00 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 54, Mobil: 0151 721 098 10  
Persönliche Termine nach Absprache  
E-Mail: [kurtz@uokg.de](mailto:kurtz@uokg.de)

#### Psychosoziale Beratung

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych. /  
ab 01.02.2024 in Vertretung Anne Maltusch  
Mo, Mi, Fr, 10.00–12.00 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 52  
E-Mail: [kuhn@uokg.de](mailto:kuhn@uokg.de) / [maltusch@uokg.de](mailto:maltusch@uokg.de)

#### Soziale Beratung

Tanja Germer, Dipl.-Päd.  
Mo, Fr, 10.00–12.00 Uhr  
Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: [germer@uokg.de](mailto:germer@uokg.de)

Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen. Termine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

**Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT oder die UOKG gespendet oder den Stacheldraht abonniert haben:** Leider dürfen wir ohne ausdrückliche schriftliche Einwilligungserklärung die Namen der Spender nicht mehr veröffentlichen. Hintergrund ist die Datenschutz-Grundverordnung für Vereine: „In aller Regel können Vereine nur durch ihre Spender und Förderer existieren. Zu den personenbezogenen Daten dieser Spender und Förderer gehören etwa der Name, die Adresse sowie die Bankverbindung. Diese Daten dürfen ausschließlich erhoben werden, um die Spenden abwickeln zu können. Jedwede freiwillige Angabe bedarf – wie auch bei den freiwilligen Angaben der Vereinsmitglieder – einer Einwilligungserklärung“ (<https://www.psw-consulting.de/blog/die-datenschutzgrundverordnung-fuer-vereine/>)

**Zitat:** „Demokratien zeichnen sich dadurch aus, dass man die Regierung abwählen kann. Das passiert immer dann, wenn eine Mehrheit der Wahlberechtigten mit der herrschenden Politik nicht einverstanden ist. Die Möglichkeit, politische Änderungen auf friedliche Weise herbeizuführen, macht die Überlegenheit des Parlamentarismus gegenüber allen anderen Regierungsformen aus.“ Hubertus Knabe: <https://hubertus-knabe.de/warum-der-osten-anders-waehlt/> (abgerufen 29.09.2024).

## Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: [der-stacheldraht@uokg.de](mailto:der-stacheldraht@uokg.de), Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

**Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)**

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
 Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski  
 Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23  
 Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
 Internet: [www.uokg.de](http://www.uokg.de)  
 E-Mail: [Info@uokg.de](mailto:Info@uokg.de)

**UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:**  
 Konto: UOKG e.V.  
 IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00  
 BIC: DEUTDE33HAN  
**Verwendungszweck „ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“**

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

**Redaktion:** Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)  
 E-Mail: [der-stacheldraht@uokg.de](mailto:der-stacheldraht@uokg.de)

**An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.**



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

**Herstellung:** Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: [neymanns@satzherstellung.com](mailto:neymanns@satzherstellung.com), Internet: [www.satzherstellung.com](http://www.satzherstellung.com)

9 Ausgaben pro Jahr, Verkaufspreis pro Einzelausgabe 1,- Euro

Bezug über die Redaktion <mailto:der-stacheldraht@uokg.de>

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.**

Redaktionsschluss Ausgabe 9/24: 15. November 2024

Redaktionsschluss Ausgabe 9/24: 24. Januar 2025

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

